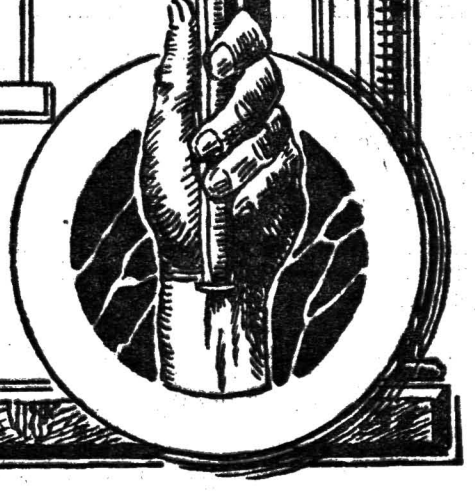


Der Steinarbeiter

ORGAN

des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands.



„Der Steinarbeiter“ erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend. Abonnementspreis durch die Post inkl. 15 Pfg. Bestellgeld vierteljährlich 80 Pfg., durch die Expedition unter Kreuzband einzeln 90 Pfg., von zwei Nummern ab 60 Pfg. „Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Geschäftsstelle und Expedition:
Leipzig
Große Fleischergasse 14, I.

Anzeigen: An Gebühren werden von Vereinen und Krankenkassen 10 Pfg., von Privaten 20 Pfg. für die gefaltene Zeitspalte oder deren Raum berechnet. Dieselben werden, ausschließlich der Anzeigen, die auf Kosten der betreffenden Zahlstellen Aufnahme finden, nur gegen vorher geleistete Bezahlung angenommen.

Nr. 8.

Sonnabend, den 20. Februar 1904.

8. Jahrgang.

Kollegen! Agitiert für eure Organisation!

- Streiks, Sperren und Lohnbewegungen.**
- Brandenburg a. d. S.** Wegen Lohnbewegung ist Bezug nach hier streng fernzuhalten.
 - Kiel.** Die Kollegen stehen in Tarifverhandlungen.
 - Hasserode.** Bei den Steinmetzen sind wegen zu niedriger Preisfestsetzung bei zu machenden Kapitalen Differenzen ausgebrochen.
 - Altenhagen.** Wegen bestehender Differenzen ist Bezug nach hier fernzuhalten.
 - Dresden.** Der Streit bei der Firma Stein dauert unverändert fort.
 - Leipzig.** Im hiesigen Hydrofandsteinwert bestehen Differenzen.
 - Lübeck.** Die Steinarbeiter befinden sich in einer Lohnbewegung.
 - Königsbrück.** Wegen Zugehörigkeit zum Verband wurden mehrere Kollegen gemahnt. Bezug nach hier ist streng fernzuhalten. Alle Anfragen sind an Johann Gruber, Königsbrück, Schloßstraße 16, I., zu richten.
 - Rainz.** Die Sandsteinmetzen befinden sich in einer Lohnbewegung.

Kampfesorganisation und Unterstützungsgenossenschaft.

Es hat eine Zeit gegeben, wo die Gewerkschaftspresse allwöchentlich ein Dutzend und mehr Artikel über die Frage brachte: „Kampfesorganisation oder Unterstützungsgenossenschaft?“ Die darin vertretenen Meinungen waren bald ebenso zahlreich wie die Artikel selbst. In der Presse ist die Diskussion abgeflaut, in Versammlungen und Generalversammlungen lebt sie wieder auf, führt mitunter zu heftigem Meinungsstreit, ohne daß sie gelöst werden könnte. Es handelt sich eben nicht um ein Entweder — Oder, sondern darum, ob unsere Gewerkschaften sich nur auf die Führung von Streiks usw. beschränken oder zur Erhöhung ihrer Widerstandsfähigkeit noch andre Mittel in Anwendung bringen sollen. Wer sich für das letztere entscheidet, der wird immer dazu raten müssen, daß sich unsere Gewerkschaften, ohne ihren Kampfcharakter zu beeinträchtigen, auch zu Unterstützungsgenossenschaften erweitern. Das tun auch immer mehr Gewerkschaften. Ein anschauliches Bild dieser Entwicklung bringt die Gewerkschaftsstatistik aus dem Jahre 1902. Die Gesamtausgabe der Zentralverbände im genannten Jahre beläuft sich auf 10 005 528 Mk. Es verausgabten für:

Verbandsorgan	60	Zentralverbände	798 480	Mk.
Agitation	59		390 588	"
Streiks im Beruf	48		1 888 983	"
Streiks in anderen Berufen	40		41 846	"
Rechtschutz	50		98 845	"
Gemahregeltenunterstützung	38		250 661	"
Reiseunterstützung	41		709 778	"
Arbeitslosenunterstützung	27		1 598 022	"
Krankenunterstützung	18		793 878	"
Invalidenunterstützung	5		154 898	"
Sonstige Unterstützung	50		250 129	"
Stellenvermittlung	11		5 450	"
Bibliotheken	15		7 065	"
Sonstige Zwecke	55		298 114	"
Konferenzen und Generalversammlungen	52		144 733	"
Beitrag an die Generalkommission	58		75 755	"
Projektkosten	18		1 863	"
Gehälter	58		250 415	"
Verwaltungsmaterial	58		267 739	"

Diese Zusammenstellung zeigt, welchen Umfang die Unterstützungseinrichtungen der Gewerkschaften bereits angenommen haben. Für Reise-, Arbeitslosen-, Kranken-, Invaliden- und sonstige Unterstützung wurden ganz enorme Summen verausgabt: 3 501 205 Mk.! Dagegen beträgt die Gesamtsumme für Streik- und Gemahregeltenunterstützung sowie Unkosten für Rechtschutz nur 2 274 475

Mark. Die Entwicklung der Ausgaben aller Zentralverbände veranschaulicht die nachstehende Tabelle.

Im Jahre	Ausgaben f. Unterstützungen und Verbandsorgan Mk.	Ausgabe an Streikunterstützung Mk.
1891	388 223	1 087 789
1892	1 319 094	44 948
1893	1 229 104	65 856
1894	1 850 927	188 980
1895	1 826 285	258 589
1896	1 518 426	944 872
1897	1 637 219	881 758
1898	1 810 616	1 078 290
1899	2 207 647	2 121 918
1900	2 816 087	2 625 642
1901	4 014 135	1 878 792
1902	4 643 881	1 980 329
Summa:	24 256 544	13 046 758

Es wäre besser, wenn in derselben die Ausgaben für die Verbandsorgane nicht mit den geleisteten Unterstützungen zusammengezogen worden wären. Das Verbandsorgan ist für jede Gewerkschaft weit mehr eine Waffe, womit sie sich nach den verschiedensten Richtungen hin verteidigt, als etwa eine Gabe an die Mitglieder, die den geleisteten Unterstützungen ähnlich steht. Außerdem würde das Bild, wenn jene Ausgaben auseinandergelassen würden, die in Frage stehende Entwicklung viel schärfer zum Ausdruck bringen. Doch abgesehen davon, die Zahlen zeigen unzweifelhaft, daß die Gewerkschaften immer mehr dazu übergehen, ihren Mitgliedern mehr zu bieten, als nur Unterstützungen bei Streiks usw.

Nachdem die Praxis entschieden hat, daß jene Angst gegenstandslos ist, die Gewerkschaften könnten durch die Einführung von Unterstützungseinrichtungen ihren Kampfcharakter abstreifen und nichts als Unterstützungsgenossenschaften werden, liegt gegen die weitgehendste Förderung dieser Entwicklung kein vernünftiger Grund mehr vor. Die Gewerkschaften werden aber auch nicht nur in immer größerer Zahl dazu übergehen, Unterstützungseinrichtungen zu schaffen und die vorhandenen auszubauen, sondern sie werden das tun müssen. Wir glauben zwar nicht, daß sie das tun müßten, um den nichts als Unterstützungsgenossenschaften, den Kriegervereinen usw. den Boden zu entziehen, und auch nicht um eine Art Lockspeise für noch gar nicht organisierte Berufsgenossen zu bekommen; denn die Erfahrung lehrt, daß dieser Zweck damit nicht erreicht wird, sondern die Gewerkschaften müssen sich der Einführung bzw. dem Ausbau der Unterstützungseinrichtungen widmen, um den Bedürfnissen ihrer Mitglieder gerecht zu werden.

Freilich, ein großes Hindernis, das dieser Entwicklung entgegensteht, ist erst noch zu überwinden. Das ist der Mangel an Solidarität, der sich noch in recht weiten Kreisen bemerkbar macht, und diese Erscheinung hat sich drastisch bei der damals beschlossenen Krankenunterstützung gezeigt. Die paar Groschen Beitragserhöhung, welche einzutreten hat, um die Bedürfnisse zu befriedigen, wird gar zu schrecklich aufgefaßt. Wir zweifeln nicht daran, es gibt sehr viele Leute, welche, wenn sie obige Zahlen sehen, über die vielen Beiträge lamentieren, die darin stecken, ohne auch nur einen Augenblick zu überlegen, welche Unsumme von Elend, Kummer und Sorge damit von den organisierten Arbeitern und ihren Familien ferngehalten ist; in wie schöner nutzbringender Weise damit die Begeisterung und der Kampfesmut in jenen Organisationen gefördert wird, welche die Unterstützung zahlen. Und vor allem: ein wie wirksames Mittel gegen Herabdrückung der Lohn- und Arbeitsbedingungen ist besonders die Arbeitslosenunterstützung. Wenn man den Widerstand bedenkt, der besonders der Einführung dieses wichtigsten Unterstützungszweiges überall geleistet wird, kann man sich der Annahme nicht verschließen, daß auch hier erst noch trübe Erfahrungen Lehrmeister werden müssen. Die Sache liegt nämlich so, daß korporative Lohnfestsetzungen und Tarifverträge sich in gewissen Zeiten nur dann undurchbrochen halten lassen, wenn andre als nur moralische Mittel sie schützen.

Allerdings kommt hinzu, daß man zu solchen Unterstützungseinrichtungen nur dann greifen wird, wenn dieselben zum Fortschritte einer Organisation dienen werden. Besonders ein großer Teil der verheirateten Leute hat immer mehr das Bestreben, daß für sie bezüglich der Reiseunterstützung ein Ausgleich stattfinden müsse, etwa durch die Gewährung der Arbeitslosenunterstützung.

Gegenwärtig haben diese Unterstützungsform 27 deutsche Gewerkschaften eingeführt, und am 1. April tritt die Arbeitslosenunterstützung auch bei den Holzarbeitern in Kraft. Ueber die Einführung derselben gab es bei dieser Organisation heftige Auseinandersetzungen, welche aber nun gänzlich geschwunden zu sein scheinen.

Wir wollten mit diesem Artikel bloß bezwecken, den Steinarbeitern vor Augen zu führen, welche hohe Summen für Unterstützungszwecke ausgegeben werden. Der Gedanke, die Gewerkschaften gegen das wohlberbeitete Unternehmertum immer widerstandsfähiger zu machen, den Mitgliedern in der Organisation immer mehr Salt zu geben, greift erfreulicherweise mächtig um sich, zu Nutz und Frommen der Arbeiterschaft.

Konferenz der Steinarbeiter. VIII. Gau, Rheinland-Westfalen.

Am Sonntag, den 24. Januar, tagte in unserm Vereinslokal, L. Möser in Duisburg, Unterstraße, unsere Konferenz.

Bertraten waren Duisburg, Düsseldorf, Essen a. Ruhr, Dortmund, Elberfeld, Bittermarf. Außerdem waren eine Anzahl Kollegen aus eigenem Interesse erschienen.

Kollege Schmidt-Düsseldorf eröffnete als Gauleiter um 11 Uhr vormittags die Konferenz, indem er den Wunsch äußerte, die Verhandlungen möchten nur Ersprießliches zum Besten der Gesamtheit hervorbringen.

Der Vorsitzende des Gewerkschaftskartells Duisburg, Schöch, richtete im Namen der freien Gewerkschaften eine kurze Begrüßungsrede an die Delegierten.

Nach einer längeren (?) Geschäftsordnungsdebatte wurde Kollege S. Keshöfer-Essen als Vorsitzender und Montermann-Duisburg als Schriftführer gewählt.

Zum Punkt I der Tagesordnung: Bericht der Gaubewerksverwaltung, gab Schmidt-Düsseldorf einen Ueberblick über seine bisherige Tätigkeit als Gauleiter und führte aus, daß die Agitation im 8. Gau noch viel zu wünschen übrig lasse, da derselbe sehr groß sei und mit den minimalen Mitteln, welche der Gaubewerksverwaltung zur Verfügung stehen, nicht viel zu erreichen sei, namentlich, wenn die Kollegen so wenig entgegenkommend sind. Um eingehende Schilderung der Verhältnisse über die Organisationsmöglichkeit an den Hauptsteinmetzplätzen, wie Bonn, Brohl, Andernach, Mahen-Niedermendig, habe er sich an einige Kollegen daselbst gewandt und sie aufgefordert, an der Konferenz teilzunehmen gegen Erstattung des Fahrgebühls usw. Aber leider war kein einziger erschienen. Die Organisierung an obengenannten Plätzen sei sehr notwendig, weil daselbst über 4000 Steinarbeiter beschäftigt seien und so gut wie keiner organisiert sei. Das Bedürfnis zur Organisation werde von diesen Kollegen empfunden, das gehe aus verschiedenen Zuschriften hervor. Es fehle aber an Personen, welche die Sache in die Hand nehmen, um die Bewegung einzuleiten. Die Einnahme der Verwaltung betrug 55.50 Mk., die Ausgabe 33.86 Mk. Fünfzig Schreiben wurden versandt.

Wittmann-Essen vernichtete eine Beteiligung des Gauleiters an der letzten Kartellkonferenz in Essen und wünschte, daß diesen Zusammenkünften die nötige Beachtung geschenkt würde. Die Organisation sei in ihrer Agitationsarbeit auf die Unterstützung anderer Berufsorganisationen angewiesen.

Schmidt-Düsseldorf erklärte, dringend verhindert gewesen zu sein. Keshöfer-Essen bedauert, daß in den Ruhrsteinbrüchen trotz aller seit Jahren gefassten Beschlüsse, zur Hebung der Organisation noch nichts Nennenswertes geleistet worden sei. Hier müsse einmal ordentlich Hand ans Werk gelegt werden.

Giesbert-Herdeke führt aus, daß es in den Ruhrsteinbrüchen sehr schwer sei, zu organisieren, da 90 Prozent der Steinarbeiter Italiener seien. Es fehle auch an Referenten, welche dieser Sprache mächtig seien.

Huster-Dortmund tritt diesem entgegen und sagt, die italienischen Kollegen hielten bei Lohnbewegungen und Streiks besser zusammen, wie die Deutschen, verlangen aber, daß ihnen die deutschen Kollegen mit gutem Beispiel vorangingen.

Dem Gauleiter wird Decharge erteilt. Zum 2. Punkte der Tagesordnung: Organisation und Agitation, führt Schmidt-Düsseldorf aus, ein Hauptübelstand sei die unpünktliche Beitragszahlung, sowie die Unklarheit verschiedener Redigoren in ihrem Amte. Er wünschte

Beschlußfassung darüber, die Zahlstellen zu verpflichten, monatlich ihre Beiträge abzugeben, sowie auch monatlich Situationsberichte an die Gauleitung zu schicken, damit diese stets über die Lage in den einzelnen Zahlstellen informiert sei, um im gegebenen Falle Maßnahmen zu ergreifen. Dem Antrag wurde stattgegeben.

Wittmann-Essen vermischt den Korpsgeist (?) unter den Kollegen und plädiert für planmäßige Hausagitation. Auch auf die hygienischen Zustände in den einzelnen Betrieben müsse ein größeres Augenmerk gerichtet werden. Redner sagt: Lun wir in der angegebenen Richtung unsre Pflicht, so werden wir den Indifferentismus bald überwunden haben.

Die Versammlung nahm alsdann, entgegen einer Anregung des Kollegen Wittmann, eine Sonderkonferenz der Marmorarbeiter einzuberufen, folgende Resolution Keshöfer-Essen an:

Die Konferenz des 8. Gaues hält es für überflüssig, eine Extra-Konferenz der Marmorarbeiter einzuberufen, will vielmehr eine regere Agitation als bisher unter den Marmorarbeiter entfalten und den Zentralvorstand ersuchen, ein geeignetes Flugblatt zu diesem Zwecke herauszugeben.

Zur Tagesordnung der nächsten Generalversammlung wurden folgende Anträge gestellt und angenommen:

1. Antrag Keshöfer-Essen: Einzelzahler haben ihre Beiträge an die ihnen am nächsten gelegene Zahlstelle zu entrichten.

2. Antrag Wittmann-Essen: Die Generalversammlung wolle beschließen, die Karenzzeit zum Bezug der Reiseunterstützung auf ein halbes Jahr herabzusetzen, sowie das Tagesgeld auf 70 Pfg. zu erhöhen. Ferner in Essen einen Tag Reiseunterstützung auszusuchen.

3. Antrag Offermann-Hamm: Der Steinarbeiter ist obligatorisch einzuführen.

4. Antrag Keshöfer-Essen: Die Generalversammlung wolle beschließen, für den 8. Gau einen besoldeten Gauleiter anzustellen.

Zu verschiedenen wünscht Wittmann-Essen einen Zentralarbeitsnachweis für unsern Beruf. Dieser Wunsch wird jedoch als verfrüht bezeichnet, da ein früherer Versuch in Elberfeld schon gescheitert war. Indessen sollen die Vorstände der einzelnen Zahlstellen sowie die Einzelzahler gehalten sein, etwaige Arbeitsgelegenheit sofort dem Gauleiter mitzuteilen, um so der Arbeitslosigkeit an einzelnen Orten abzuhelfen. Als Kandidaten zur nächsten Generalversammlung wurden folgende Vorschläge gemacht: S. Schmidt-Düsseldorf, Gauleiter Herm. Keshöfer-Essen-Nihr und Erwin Offermann-Hamm. (Anmerkung der Redaktion: Zukünftig derartige Berichte etwas deutlicher schreiben.)

Abrechnung.

Einnahme.	
Vom Vorstand	106.95 Mk.
Von Zahlstellen	92.77 "
Summa:	199.72 Mk.

Ausgabe.	
Für mündliche Agitation	171.20 Mk.
Nach Braunschweig retourgeschickt	11.82 "
Für schriftliche Agitation, Porto	16.40 "
Für Schreibutensilien	5.45 "
Summa:	204.87 Mk.

Bilanz.

Einnahme	199.72 Mk.
Ausgabe	204.87 "
Defizit:	5.15 Mk.

Karl Müller, Gauleiter.
Heinr. Bente, Gaukassierer.
Friedrich Claus, Gau-Schriftführer.

Bericht von der Konferenz des 7. Gaues.

Ortort Hamburg.

Am Sonntag, den 7. d. M., mittags 11½ Uhr, eröffnete der Gauleiter S. Stieh mit einem herzlichen Willkommen die Zahlstellen Hamburg I und II und Dhlisdorf die Konferenz.

Die Tagesordnung war: 1. Gaubericht und Situationsberichte der Delegierten; 2. Agitation und Organisation; 3. Unsere Generalversammlung und Anträge hierzu. Anwesend waren die Kollegen Wollborn-Bremen I, Schneider-Bremen II, Hartwig-Lüneburg, Emmerich-Oldenburg, Falkenhagen-Rostock, Stoffregen-Kiel, Sudek-Lübeck, Dubbert-Dhlisdorf, Siebold, Groß-Hamburg II, Neutz-Hamburg I, Stieh und Thorsen vom Gauvorstand.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde das Ableben des Kollegen Gitter von Hamburg I in üblicher Weise geehrt.

Zum 1. Punkt der Tagesordnung erstattete Kollege Stieh den Gaubericht. Derselbe hob hervor, daß der Gau nicht so dastehe, wie es sein solle, dies läge teils daran, daß der bisherige Gauleiter Ziele nicht mehr im Beruf tätig sei und deshalb manches nicht so ausgeführt wurde, wie es hätte sein können; aber ein großer Teil Schuld sei auch den Zahlstellen zuzuschreiben. Denn in der ersten Zeit fühlten sich die Zahlstellen gar nicht berufen, auf Schreiben der Gauleitung zu antworten. Jedoch hoffe er, daß der Gau von jetzt ab besser gedeihe, indem die Zahlstellen des Gaues tüchtige Hilfe leisten. Die Einnahmen und Ausgaben des Gauvorstands wurden von den Delegierten gutgeheißen. Alsdann erstatteten die Delegierten ihre Situationsberichte.

Bremen I: Es sind beschäftigt zurzeit 69 Mann, davon organisiert 66. Die Arbeitszeit ist acht Stunden. Der Stundenlohn beträgt 70 Pfg. Der Steinarbeiter ist hier obligatorisch eingeführt. Beitrag wird 1½ Prozent vom Verdienst bezahlt, außerdem wöchentlich 20 Pfg. für die Krankenzuschußkasse. Die Bundesratsverordnung hat einige Verbesserungen gebracht.

Bremen II: Es sind beschäftigt 64 Mann (Hauer, Schleifer, Hilfsarbeiter); organisiert sind 46 Kollegen. Der Lohn für Hauer 50 Pfg. pro Stunde, für Schleifer 40-45 Pfg., für Hilfsarbeiter 35-40 Pfg. Die Arbeitszeit beträgt 9½-10 Stunden. Abonnenten des Steinarbeiter sind 29 Kollegen.

Kiel: Hier arbeiten 50 Mann und 6 Lehrlinge, organisiert sind 27. Beitrag laut Statut. Der Steinarbeiter wird von 19 Kollegen gelesen. Die Bundesratsverordnung besteht hier so gut wie gar nicht.

Rostock: Es sind beschäftigt 100 Mann; organisiert 32 Kollegen. Der Lohn ist 45 und 46 Pfg. pro Stunde.

Abonnenten des Steinarbeiter sind 25. Weiter sind der Zahlstelle 4 Einzelmitglieder aus der Umgegend angegeschlossen.

Lübeck: Beschäftigt 19 Mann, organisiert 14 Kollegen. Der Lohn beträgt 55 Pfg. Arbeitszeit 9½ Stunden. Abonnenten des Steinarbeiter sind 14 Mann.

Oldenburg: Beschäftigt 22 Mann, organisiert 14 Kollegen. Der Steinarbeiter ist obligatorisch eingeführt. Arbeitszeit 9 Stunden, der Stundenlohn 50 Pfg.

Dhlisdorf: Es sind beschäftigt zurzeit 28 Mann, davon organisiert 12. Der Steinarbeiter wird von 12 Kollegen gehalten. Stundenlohn 67 Pfg. Arbeitszeit 9 Stunden.

Lüneburg: Beschäftigt sind 37 Hauer und Schleifer und 30 Frauen. Organisiert 13 Kollegen. 4 Frauen gehören dem Fabrikarbeiterverband an. Der Lohn ist bei den Hauern 30-45 Pfg., bei den Schleifern 30 Pfg., bei den Arbeitern 25-33 Pfg. und bei den Frauen 18-25 Pfg. pro Stunde; vorwiegend wird im Afford gearbeitet.

Hamburg II: Es sind beschäftigt 120 Mann, organisiert 99 (Hauer und Schleifer). Der Lohn für Hauer ist 55-60, für Schleifer 47½-50 und 60 Pfg. pro Stunde. Die Arbeitszeit ist 9½ Stunden. Abonnenten des Steinarbeiter sind 34 Mann.

Hamburg I: Beschäftigt sind 67 Mann, organisiert 47. Der Lohn beträgt 72 Pfg. pro Stunde. Die Arbeitszeit ist 8½ Stunden. Abonnenten des Steinarbeiter sind 39 Kollegen.

Zum 2. Punkt der Tagesordnung sprach Kollege Siebold über Agitation und Organisation in unserm Verband. Unter anderem geißelte er den Versammlungsbericht von Bremen I, in dem gesagt wird, daß Hamburg nicht die geeigneten Kräfte für die Gauleitung hat.

Kollege Wollborn-Bremen I bewunderte die Ausdrucksweise von Siebold, gab aber zu, keine Bürgschaft für den Versammlungsbericht leisten zu können.

Kollege Hartwig-Lüneburg beklagt sich über den Mord der Fabrikordnung von Ehler u. Co.

Kollege Thorsen erwiderte Hartwig, daß der Vorsitzende in Lüneburg hieron in Kenntnis gesetzt gewesen sei. Wenn derselbe es den Mitgliedern nicht mitgeteilt, so sei es nicht Schuld der Gauleitung.

Im weiteren sprach Kollege Semmler-Hamburg über die Einzelzahler. Er ist der Ansicht, daß, wenn Kollegen in kleinen Städten arbeiten, wo keine Zahlstellen vorhanden sind, sie sich der nächstliegenden Zahlstelle anschließen. Dies sei ein Fortschritt für unsere Organisation.

Alsdann sprach Kollege Falkenhagen-Rostock über die Lohnbewegung daselbst. (Wurde schon im Steinarbeiter bekanntgegeben.) Er rügte, daß die durch den Streik in Mitleidenschaft gezogenen Schleifer von der Zentrale nicht unterstützt seien, dies habe zu Folge, daß dieselben aus dem Verbandsausgetreten sind.

Neutz und Siebold-Hamburg hoben hervor, daß die Zentrale richtig gehandelt habe. Doch waren sie der Meinung, daß hier eine Ausnahme hätte gemacht werden können.

Hierauf besprach Wollborn-Bremen I die Einteilung der Zahlstellen im Gau. Er ist der Ansicht, daß die Oberkirchener Brüche sich besser für den 7. Gau eignen. Folgender Antrag Siebold-Hamburg fand einstimmige Annahme:

Die Konferenz ist der Meinung, daß die Oberkirchener Brüche besser dem 7. Gau überwiesen werden, weil diese die Städte Hamburg und Bremen mit Arbeit versorgen. Der Gauvorstand wird beauftragt, sich mit den Osterholzer Kollegen und dem Zentralvorstand hierüber in Verbindung zu setzen.

Kollege Emmerich-Oldenburg führte Klage, daß von seiten des Gauvorstands gar nichts für Oldenburg getan sei. Stieh und Thorsen verwiesen darauf, es sei nach Oldenburg geschrieben, aber keine Antwort erfolgt.

Bremen I stellte folgenden Antrag:

Die Gaukonferenz möge beschließen, den Gauvorstand zu verpflichten, möglichst alle Quartale entsprechende Fragebogen zur Beantwortung an die Zahlstellen des Gaues zu versenden, damit sie über den Stand und die Bewegung der Zahlstellen besser orientiert ist.

Der Antrag fand Annahme.

Falkenhagen-Rostock und Stoffregen-Kiel sind der Meinung, daß Rostock und Kiel einen Wahlkreis hätten bilden müssen, da hier doch vorwiegend Granit verarbeitet wird.

Zum 3. Punkt: Unsere Generalversammlung, sprach Wollborn-Bremen I über die jetzige Reiseunterstützung und ist der Meinung, daß dieselbe entschieden erhöht werden müsse. Auch Stoffregen-Kiel ist der Ansicht. Sudek-Lübeck tritt für Kilometergelder ein. Emmerich-Oldenburg ist auch der Ansicht. Betreffs der Reiseunterstützung wurde folgender Antrag von Neutz-Hamburg einstimmig angenommen:

Die heutige Konferenz des 7. Gaues stellt es der Generalversammlung anheim, die Reiseunterstützung einer gründlichen Revision zu unterziehen.

Alsdann bespricht Siebold nochmals den Punkt: Einzelzahler und die Einführung einer dritten Beitragsklasse, um uns Eingang in den Brüchen zu verschaffen. Folgender Antrag Siebold-Hamburg wurde angenommen:

Die Einführung einer weiteren Beitragsklasse betrachtet die Konferenz des 7. Gaues für notwendig, um der Organisation in die Bruchdistrikte und Marmorwerke Eingang zu verschaffen. Die Konferenz ist ferner der Meinung, daß ein Ort nicht wie bisher einer Beitragsklasse zugeteilt wird, sondern daß alle drei Beitragsklassen für die Zahlstellen in Betracht kommen, wo die Löhne verschieden und alle Branchen der Steinarbeiter vereinigt sind.

Neutz-Hamburg regt an, daß die Delegierten nochmals für die Gründung einer Zuschußkasse auf dem Verbandstag hinwirken. Siebold-Hamburg polemisiert gegen die Zuschußkasse. Sudek-Lübeck und Wollborn-Bremen I wünschen, daß der Steinarbeiter obligatorisch eingeführt werde. Neutz, Siebold-Hamburg und Schneider-Bremen II raten davon ab, da die obligatorische Einführung sehr schade. Alsdann wird noch von verschiedenen Seiten die Bundesratsverordnung besprochen. Es wurde bedauert, daß von behördlicher Seite nichts gegen die Innehaltung der Verordnung getan wird. Nachdem der Vorsitzende die Delegierten zur tüchtigen Agitation im Gau ersucht, schloß derselbe mit einem dreifachen Hoch auf den Zentralverband der Steinarbeiter Deutschlands die Konferenz.

Zur Generalversammlung.

Wieder werden sich die Vertreter unsres Verbandes versammeln, um über das Wohl und Wehe der deutschen Steinarbeiter zu beraten und zu beschließen. Zugegeben muß werden, was der Artikel vom Kollegen Wegener sagt, daß ein Vorwärtsschreiten unsrer Organisation, eine Vermehrung unsrer Mitgliederzahl nicht eingetreten ist. Ob mit dem Anstellen besoldeter Gauleiter Abhilfe geschaffen werden kann, ist kaum glaublich. Will man denn die Organisation in ein förmliches Beamtentum ausbauen? Mit Kupfer fängt man an und mit Nickel geht es weiter, ohne Nutzen für die Allgemeinheit. Wenn eine Zahlstelle, wie das Beispiel von Göttingen zeigt, eine beständige Stütze braucht mit achtzig Mitgliedern, dann steht sie überhaupt auf schwachen Füßen, und es ist besser, wenn solche eine Zahlstelle umfällt. Im bayrischen Wald wurde auch viel agitiert, schriftlich und mündlich, hat sich dort in moralischer wie in finanzieller Beziehung der Nutzen mit dem Schaden gedeckt? Ich glaube kaum! Dort einen besoldeten Gauleiter hinstellen, wäre unnütz.

Mit dem Anstellen besoldeter Gauleiter wird der Verband nicht gehoben, weder in den Bruchgebieten noch in den Städten, sondern etwas andres ist notwendig: es fehlt der Organisation das bei den jetzigen sozialen Verhältnissen nicht mehr zu überspringende Bindeglied, nämlich der vollkommene Ausbau der Unterstützungsrichtungen, und zwar bessere Reise-, Arbeitslohn- und Krankenunterstützung, sowie Sterbegeld für die Hinterbliebenen.

Mancher Kollege wird den Kopf schütteln und mit Nein antworten. Einwendungen, wie: Wir verlieren den Charakter der Kampforganisation, sind heute nicht mehr stichhaltig. Ist vielleicht eine Organisation, die ihre Mitglieder bei allen eintretenden Fällen über Wasser hält, nicht kampffähiger und mutiger wie wir Steinarbeiter? Oder sollte etwas andres hinderlich sein, wo wir doch nach gemeinsamen Zielen streben, vielleicht zwischen Nord und Süd, zwischen Bruchgebiet und Stadt, zwischen Granit-, Sandstein- und Marmorarbeiter? Um mich kurz zu fassen, verweise ich auf den Artikel in Nummer 2 des Steinarbeiter. Warum muß das Solidaritätsgefühl zur Solidaritätspflicht ausgebaut werden? Schade, daß der betreffende Kollege seinen zweiten Teil noch nicht hat erscheinen lassen. Also durchführbar ist heute, mit gutem Willen, innerhalb einer Organisation vieles, nur darf der dazu erforderliche Beitrag nicht geschont werden. Der Nutzen wird bei keinem Kollegen ausbleiben; die Zahl der Mitglieder wird sich vermehren und wir werden imstande sein, als starke Organisation uns bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erkämpfen.

München.

S.

Zum Verbandstag.

Aus den verschiedenen Gau- und Versammlungsberichten im Steinarbeiter ist zu ersehen, daß durch Anträge, welche an den Verbandstag gestellt werden, viele Wünsche zum Ausdruck kommen. Als da sind: Anstellung besoldeter Gauleiter, Verbesserung der Reiseunterstützung, obligatorische Einführung des Steinarbeiters, Unterstützung bei Todesfällen, Krankenkasse, Rechtsschutz, Maßregelungsunterstützung, Umzugskosten, Streikunterstützung usw. Dabei hört oder liest man selten, daß bei Einführung von Neuerungen auch die nötigen Mittel dazu gehören, nein, im Gegenteil, Anträge gehen ein, die Beiträge in noch mehr Massen einzuteilen, aber nicht etwa, wie man nach diesen gewünschten Neuerungen vermuten sollte, die Beitragsleistung zu erhöhen, sondern zu erniedrigen.

Es werden verschiedene Wünsche schon im voraus durchgeführt sein, wenn nicht die Delegierten zum Verbandstag mit der Vollmacht ausgerüstet sind, bei Einführung von Neuerungen auch die Beitragsleistung dementsprechend zu erhöhen. Dann nur wird es möglich sein, alle diese in die Verbandskasse tiefeingreifenden Verbesserungen durchzuführen. Die Reiseunterstützung, wie sie jetzt besteht, ist für die Verbandskasse schon eine starke Ausgabe, was der Rechenschaftsbericht des Vorstandes lehren wird. Sollte der Steinarbeiter durch Beschluß des Verbandstages obligatorisch eingeführt werden, so würde dies ebenfalls einen tiefen Griff in die Verbandskasse bedeuten. Die Kassenverhältnisse haben sich zwar, nach den Vierteljahrsabrechnungen zu schließen, gebessert, aber diese gewünschten Neueinführungen werden (angenommen, es würde jedem Wünsche Rechnung getragen) mit einemmal der Kasse einen so großen Schaden zufügen, daß für die Durchführung besserer Lohn- und Arbeitsverhältnisse nicht viel übrig bleiben wird, und wird wir würden den Unternehmern auf längere Zeit machtlos gegenüberstehen.

Der Verbandstag wird nach meiner Ansicht zwar Mittel und Wege finden, den Wünschen, so weit sie durchführbar sind, gerecht zu werden, jedoch ist schon jetzt darauf aufmerksam zu machen, daß man da, wo man etwas Tüchtiges hineinsetzt, auch schließlich etwas Gutes herausnehmen kann. Mit dem Gedanken, etwas mehr als bisher zu leisten, hat sich jeder Steinarbeiter im voraus vertraut zu machen, wenn alle Neueinführungen in Erfüllung gehen sollen.

Leipzig.

M. Ertel.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Anträge zum Verbandstage sind bis zum 29. Februar einzureichen, dieselben gelangen in Nr. 10 des Steinarbeiters zur Veröffentlichung, später einlaufende können nicht mehr berücksichtigt werden.

Der Zentralvorstand.

Wahlreglement.

Bei der Wahl der Vertreter zur Generalversammlung ist folgendes zu beachten.

Wer für das Jahr 1903 seine Delegiertenkarte nicht geklebt hat, hat kein Wahlrecht. Desgleichen müssen die Quittungsbücher bis zum Wahltermin in Ordnung sein.

Die Hauptwahlen müssen vom 21. Februar bis 2. März stattfinden. Die den Zahlstellen zu übersendenden Wahlprotokolle müssen mit dem Stimmenresultat bis zum Sonnabend, den 5. März, in den Händen des Zentralvorstandes sein.

Erreicht ein Kandidat bei der Hauptwahl nicht die

absolute Majorität, so findet ein zweiter Wahlgang statt und zwar in der Zeit vom 13. bis 19. März. Das Resultat des zweiten Wahlganges muß bis zum 21. März hierher eingesandt sein, damit die gewählten Delegierten in der am 26. März erscheinenden Nummer des Steinarbeiters bekannt gegeben werden können. Bei der Hauptwahl gilt absolute, beim zweiten Wahlgang relative Majorität.

Zu Wahlkreisen, wo nur ein Delegierter zu wählen ist, aber mehr als zwei Kandidaten in Vorschlag gebracht sind und wo keiner bei der Hauptwahl die absolute Stimmenzahl erreicht, hat während dem obengenannten Zeitpunkt der zweite Wahlgang stattzufinden und gilt der als gewählt, welcher die meisten Stimmen auf sich vereinigt.

In Wahlkreisen, wo 2, 3 oder 4 Delegierte zu wählen sind, aber bei der Hauptwahl die absolute Stimmenmehrheit nicht von allen oder gar keinem erreicht wird, gelten ebenfalls die im zweiten Wahlgange als gewählt, welche der Reihenfolge nach die meisten Stimmen auf sich vereinigen. Wer im ersten Wahlgange in diesem Falle die absolute Stimmenzahl schon hat, gilt selbstredend als gewählt. Bemerkenswert ist noch, daß in solchen Wahlkreisen, wo mehrere Delegierte in Frage kommen, die Stimmzettel soviel Namen enthalten müssen, als Delegierte zu entsenden sind. Dresden mit Nieja z. B. hat 4 Delegierte zu wählen, jeder wahlberechtigter Kollege hat auf seinem Stimmzettel also vier Namen zu verzeichnen. Stimmzettel, die mehr Namen enthalten, als Delegierte zu entsenden sind, müssen für ungültig erklärt werden. Als Ersatzmann im Verhinderungsfalle eines Delegierten gilt derjenige, welcher nach den gewählten Delegierten die meisten Stimmen erhalten hat.

Um eine möglichst starke Wahlbeteiligung zu erzielen, überlassen wir es den einzelnen Zahlstellen, die Wahl in den Versammlungen oder auf den Werkplätzen vorzunehmen.

Die Wahl ist eine geheime und erfolgt mittels Stimmzettel.

Maßgebend für die Vornahme des Wahlakts in jeder Zahlstelle muß sein, daß entweder die Wahl nur in der Versammlung oder nur auf den Werkplätzen stattfinden darf. Jede Zahlstelle hat ein Wahlkomitee von drei Mann zu wählen, das das Wahlergebnis zu prüfen und dem Zentralvorstand unverzüglich zu übermitteln hat. Wird aber auf den Arbeitsplätzen abgestimmt, so hat auf jedem Platz eine dreigliedrige Kommission die Stimmzettel in Empfang zu nehmen und dieselben der Wahlkommission der Zahlstelle, welche für die korrekte Vollziehung des Wahlganges dem Zentralvorstand gegenüber verantwortlich ist, noch am Tage der Abstimmung zu übermitteln. Wird die Wahl auf den Werk- oder Arbeitsplätzen vollzogen, so hat dieselbe in der Zahlstelle nur an einem Tage zu erfolgen.

Wir erwarten, daß die Bestimmungen richtig durchgeführt werden und behalten uns bei eventuellen Wahlankündigungen vor, die Stimmzettel einzufordern. Dieselben müssen deshalb bis zur Generalversammlung aufbewahrt werden.

Jeder Delegierte erhält nach der vollzogenen Wahl ein Mandat zugestellt; wir machen aber schon jetzt darauf aufmerksam, daß die Delegierten zur Generalversammlung ihre Mitgliedsbücher mitzubringen haben.

Die vorgeschlagenen Kandidaten zur Generalversammlung.

1. Wahlkreis. (2 Delegierte.) Vorgeschlagen: Emil Wolf, Brandenburg, Grabsteinbranche, Walter und Sieben, Berlin und Krüger, Steinh.
2. Wahlkreis. Vorgeschlagen: Wolf, Berlin.
3. Wahlkreis. Vorgeschlagen: Paul Langer, Karl Ruffert, Heinrich Wandach, Paul Speer, Julius Anders, Striegau und Karl Reimann, Hälscht.
4. Wahlkreis. Vorgeschlagen: Werner und Haberland, Breslau.
5. Wahlkreis. (2 Delegierte.) Vorgeschlagen: D. Schlüter, Fr. Wirkner, S. Braun und S. Rida.
6. Wahlkreis. Vorgeschlagen: M. Brosch, Neudorf; Dorn, Hälscht und Karl Purisch, Raasdorf.
7. Wahlkreis. Vorgeschlagen: Hühne, Löbau.
8. Wahlkreis. Vorgeschlagen: Ernst Hamann, Copitz.
9. Wahlkreis. (4 Delegierte.) Vorgeschlagen: Grünelt, Nieja; Fettsch, Seidel, Seiferth, Fiedel, Zahn und Eisner, sämtliche in Dresden. Eisner wurde als Marmorarbeiter vorgeschlagen.
10. Wahlkreis. Vorgeschlagen: Riegel und Sarfert.
11. Wahlkreis. Vorgeschlagen: Otto Kuhn, Zuschendorf.
12. Wahlkreis. Vorgeschlagen: Schonefeld, Geist und Mieth, sämtliche in Leipzig.
13. Wahlkreis. Vorgeschlagen: Bergmann, Ködnitz; Brückl, Beucha.
14. Wahlkreis. Vorgeschlagen: Karl Uhlmann, Chemnitz.
15. Wahlkreis. Vorgeschlagen: Höger, Aue und Jenksch, Mittelweida.
16. Wahlkreis. Vorgeschlagen: M. Röyhold, Zwickau.
17. Wahlkreis. Vorgeschlagen: Peter Rebhan, Rebra.
18. Wahlkreis. Vorgeschlagen: Voss, Rassel; Wagner, Erfurt.
19. Wahlkreis. Vorgeschlagen: Paul Schmidt, Gotha.
20. Wahlkreis. Vorgeschlagen: Müller in Ohr und Ferdinand Rittsteiner in Altenhagen.
21. Wahlkreis. Vorgeschlagen: Karl Maus, Bremen I; Joseph Stich, Hamburg.
22. Wahlkreis. Vorgeschlagen: Johann Woltemade, Bremen II; Siebold, Ohlsdorf.
23. Wahlkreis. Vorgeschlagen: Neßhöfer, Essen; Schmidt, Gauleiter, Düsseldorf; Dffermann, Bittermarf.
24. Wahlkreis. Vorgeschlagen: Adolf Hermann, S. Dippel, Frankfurt a. M. und Doy, Ober-Mörlin.
25. Wahlkreis. Vorgeschlagen: Ignaz Kraft, Mannheim.
26. Wahlkreis. Vorgeschlagen: Kettenbaum, Kaiserslautern; W. Kaiser, Neustadt.
27. Wahlkreis. (2 Delegierte.) Vorgeschlagen: Pühler, Straßburg i. Elsaß und Pillin, Ottenhöfen.
28. Wahlkreis. Vorgeschlagen: Brtegel, Mülhausen i. Elsaß und Möhring, Colmar.
29. Wahlkreis. Vorgeschlagen: Rudolf, Freiburg; Gutekunst, Konstanz.
30. Wahlkreis. Vorgeschlagen: Joseph Rothmund, Stuttgart.
31. Wahlkreis. Vorgeschlagen: August Frank, Ulm.
32. Wahlkreis. Kein Vorschlag eingegangen.
33. Wahlkreis. Vorgeschlagen: Geil, Nürnberg, Bau, Grünsfeld; Georg Engel, Würzburg.
34. Wahlkreis. Vorgeschlagen: Heinrich Küneth, Schwarzbach, von den Steinmezen, und Gottlieb Emil von den Schleifern.
35. Wahlkreis. Vorgeschlagen: J. Groschwitz, Grotzchenreuth.
36. Wahlkreis. Vorgeschlagen: Bayerlein, Bayreuth; Bergbauer, Neuforg und Johann Döhla, Münchberg.

hat aber schon öfters Veranlassung genommen, und zwar durch die Gewerbeinspektion, auf Abhilfe dieser Gesetzesübertretung zu dringen. Leider, wie gewöhnlich, ohne Erfolg. Unsere Kollegen ließen aber nicht locker und erstatteten gegen den Kaufmann Karl Bracht, Vertreter einer Firma in Eltmann a. M., Anzeige, weil er seine Leute auf Bau zehn Stunden arbeiten ließ. Dieser erhielt ein Strafmandat auf 30 Mk. lautend, wegen Übertretung dieser Verordnung. V. scheint diesem Strafmandat keinen Geschmack abgewonnen zu haben; er legte Berufung ein, wohl in der Ueberzeugung, die dreißig Reichsmärker nicht blechen zu müssen und überdies seine Leute wieder zehn Stunden arbeiten zu lassen. Am 10. Februar fand vor dem Schöffengericht in Frankfurt die Verhandlung statt und die Berufung hatte keinen Erfolg. Er begründete dieselbe in erster Linie damit, daß die Leute nicht mit eigentlicher Steinmetzarbeit beschäftigt gewesen seien, es habe sich nur um geringfügige Aenderungen an den fertig zur Verastelle gelieferten Steinen gehandelt; die übrige Zeit sei mit Abladen und andern nicht steinhauerischen Arbeiten ausgefüllt worden. Das Gericht hält dafür, die Verordnung sei im Interesse der Hygiene erlassen und es komme nicht darauf an, ob die Bearbeitung eine mehr oder weniger intensive sei, auch nicht darauf, welche Zeit sie innerhalb des Tages in Anspruch nehme; die Berufung sei deshalb zu verwerfen.

Wenn die Definition der Unternehmer einreißt, dann bleibt von dem Erlaß der Bundesratsverordnung nichts mehr übrig.

Wir können nur unsern Kollegen empfehlen, obiges Urteil genügend beachten zu wollen, um vielleicht auf diese Weise zu unserm Rechte zu gelangen.

Korrespondenzen.

An die Schriftführer richten wir die Bitte, für die Versammlungsberichte sogenannte Oktavbogen (ca. 15 x 23 cm) zu verwenden, mit Tinte und nur auf einer Seite zu schreiben.

Baiken. Wie verbesserungsbedürftig die Arbeitsverhältnisse in den hiesigen Pflastersteinbrüchen sind, lehrt folgende Schilderung: Besonders traffe Uebelstände herrschen im Zachmannschen Grünsteinbruch in Etzeitz. Dort wird sich die Pflastersteinarbeit bald in eine Schleifarbeit verwandeln, denn es wird nicht nach Zentimetern, sondern schon nach Millimetern gemessen und trotzdem sind die Steine dann immer noch nicht schön genug; da kommt erst der Polier mit seinem Klopffammer und klopfst an allen Ecken und Kanten. Auch muß ein jeder Arbeiter sein Eigentumsmerkmal haben, was bei diesem harten Stein, man kann gleich sagen der „strengste“ Stein in ganz Sachsen, keine Kleinigkeit ist. Mancher Arbeiter braucht, wenn er ein Jahr hier arbeitet, 45—50 Mk. für Herrichtung des abgenutzten Werkzeuges. Auch muß ein jeder Arbeiter die Schmiebschärfe selbst betreiben, was auch wöchentlich bis 1.50 Mk. ausmacht, somit das Jahr hindurch ungefähr 79 Mk. beträgt. Der ärgste Uebelstand im Zachmannschen Geschäft kommt beim Rechnen vor. Hier in Etzeitz hat nicht der Meter 100 Zentimeter, sondern 102 Zentimeter, und zwar in der Länge 102 Zentimeter und in der Breite 102 Zentimeter, das sind auf den Quadratmeter 4 Zentimeter Uebermaß, was den meisten Arbeitern in der Woche einen Ausfall von einer Mark verursacht. Das sind jährlich 52 Mk. Auch muß noch erwähnt werden, daß mancher Spalter, wenn er seinen Stein aufgearbeitet hat, 2—3 Tage auf Steine warten muß. Wenn sich der Mann dann beim Bruchmeister beschwert, bekommt er einfach die Antwort: „Ich habe auch keine zehn Hände!“ Der Arbeiter ist dann gezwungen, solche Kaulen aufzuarbeiten, die vor einigen Jahren schon eine Tagelöhnerarbeit gewesen wäre. Auf diese Weise mag sich ein Polier bei seinem Unternehmer beliebt machen können, denn es wird kein Pulver und kein Tagelöhner gebraucht, der Arbeiter aber hat den Schaden. Es ist höchste Zeit, solche Zustände abzuändern. Herr Zachmann ist schon öfters darum ersucht worden, aber die Worte waren immer vergebens, ja, Herr Zachmann weiß ganz genau, daß er es mit solchen Arbeitern zu tun hat, die nicht so leicht fort können, denn es arbeiten hier meist verheiratete Kollegen mit großer Familie.

Herr Zachmann hat allerdings ein Interesse daran, daß die Arbeiter bisher sich mit allen zufrieden gaben. Wenn der Durchschnittslohn eines Arbeiters hier ca. 800 Mk. ist, so müssen leider die Kollegen von dieser minimalen Summe noch die Gehirns- und Schärfekosten bezahlen, die ja selbstredend der Unternehmer zu leisten hätte. Wir werden demnach streben, daß dieses System baldigt beseitigt wird.

Bunzlau. Am Sonntag, den 14. Februar, fand hier eine Distriktsversammlung statt. Die Tarifkommission erstattete Bericht über ihre Verhandlung mit den Unternehmern. Die Kommission hatte ihrerseits eine neue Vorlage ausgearbeitet, ließ dieselbe aber im Laufe der Verhandlungen fallen, da die Unternehmer die Absicht zeigten, den alten Tarif von 1902 wieder anzuerkennen. Die Versammlung stimmte den Vorschlägen der Kommission zu und nahm den Tarif von 1902 an. Der Kommission wurde aufgegeben, über einige Punkte und über die Dauer des Tarifs mit den Unternehmern noch einmal zu verhandeln. Die bemängelten Punkte sind die Positionen 17, 23, 25, 29 des alten Tarifs. Wir haben also auf friedlichem Wege eine kleine Verbesserung erzielt. Die Lohnverhältnisse waren in den letzten Jahren im hiesigen Distrikte so schlecht, daß die Arbeitnehmer es meistens vorzogen, ihre Arbeitskraft an andern Orten zu verkaufen. Dies ist bei der Schädlichkeit des hiesigen Materials leicht zu begreifen. Mit der Ermahnung, jeder möge auch seinen Lohn verlangen und seine Arbeit berechnen, damit der Tarif nicht bloß auf dem Papiere steht, schloß der Vorsitzende die gut besuchte Versammlung.

Constanz. Die zwei letzten Mitgliederversammlungen erfreuten sich eines guten Besuchs, so daß man annehmen kann, verschiedene zaghafte Kollegen hätten sich mit Eintritt des neuen Jahres eines besseren belehren lassen. Gerade die letzten Versammlungen haben durch ihre Debatten, bei welchen die Situationsberichte vom Ueberlingen und Adolfszell, welche vom Kollegen Gutekunst erstattet wurden, kein geringes Interesse hervorgerufen, weil daraus aufs deutlichste hervorging, wie das heutige Unternehmertum mit seinen Arbeitern, welche ihm den Profit zu verdienen haben, umgeht und alles daran setzt, um die Organisation zu sprengen. Ja, sie schrecken selbst vor Denunziationen bei der Polizei nicht zurück. Solche Situationen müßten auch in dem verstocktesten Sünder einen Seufzer hervorrufen lassen. Auch bei Stellungnahme von Anträgen zur Generalversammlung zeigte sich ein sonst nicht gewöhnliches reges Interesse unter den Versammelten, und wurde nach längerer, reger Debatte zu Punkt Presse der Antrag gestellt: Die Generalversammlung möge beschließen den Steinarbeiter obligatorisch einzuführen. Der Antrag wurde damit begründet, daß der Steinarbeiter ein auf der Höhe der Zeit gehaltenes Gewerkschaftsblatt sei und jede Nummer als bestes Agitationsmittel für den inneren wie äußeren Ausbau unserer Organisation geeignet sei. Des weiteren fragt Kollege B. die Versammelten, ob wir die von verchiedenen Steinbruchsgebieten gestellten Anträge, betr. Dreiklassenerteilung, mit unterstützen wollen. Die rege Debatte, welche darauf folgte, ließ erkennen, daß die Mehrzahl aus agitatorischen Gründen mit einer dritten, niedrigeren Beitragsklasse von 25 Pfg. einverstanden ist, worauf Kollege G. erwiderte, daß es nicht sicher sei, ob die niedrige Beitragsklasse als Mittel zum Zweck diene.

Er führt eine Reihe von Beispielen an, welche sich in den früheren Jahren bei der niedrigeren Beitragsleistung abspielten. Auch wisse er sehr gut aus eigener Erfahrung, daß solche Kollegen, die am wenigsten leisten wollen für die Organisation, am lauteften schreien und ihnen nichts genug ist, wenn es ans Golen geht. Er halte es daher für besser, wenn man es der Generalversammlung überlasse. Dieser Standpunkt fand Anerkennung. Nach Erledigung verschiedener örtlicher Angelegenheiten, unter welchen die Sperre in Adolfszell als aufgehoben betrachtet wurde, und Kollege Gutekunst als Kartelldelegierter und Kollege Baral als Revisor gewählt wurden, schloß der Vorsitzende die interessante Versammlung.

Brandenburg a. S. Die am 7. Februar, nachmittags 2 Uhr, in Müllers Restaurant stattgefundene Steinarbeiterversammlung, in der Kollege Walther-Berlin über Lohnbewegung referierte, war von sämtlichen hier am Ort arbeitenden und arbeitslosen Kollegen besucht. Betreffs Lohnbewegung wurde, bei nicht sehr günstiger Konjunktur, der Beschluß gefaßt, in eine solche einzutreten und den Stundenlohn um 10 Pfg., Ueberstunden um 15 Pfg. und Sonntags- und Nachtarbeit mit 50 Prozent Zuschlag zu erhöhen, was einstimmig angenommen wurde. Zur Abhaltung der Gaukonferenz wurde Berlin vorgeschlagen.

Gotha. Am 7. d. M. fand im Gasthof Zum Ritter eine Versammlung der hiesigen Steinarbeiter statt. Den Hauptpunkt derselben bildete die Delegiertenwahl und die Generalversammlung. Da von keiner Zahlstelle Vorschläge gemacht wurden, wurde Kollege Schmidt als Delegierter vorgeschlagen. Zur Frage einer Gaukonferenz wurde ebenfalls Zustimmung erteilt, dieselbe abzuhalten. Als Delegierter wurde Schmidt gewählt. Da im 19. Wahlkreis eine Fühlung unter den betreffenden Zahlstellen so gut wie nicht vorhanden ist, haben wir die nötigen Schritte unternommen, um in der Kandidatur eine Einigung herbeizuführen. Von zwei Seiten haben wir jedoch nur Antwort erhalten. Im 3. Punkt wurde das Fernbleiben verschiedener Kollegen gerügt. Man hat immer die Ausrede, ich habe kein Geld; das ist zwar eine heikle Frage, zumal, wenn man verheiratet ist; aber dann ist zu bedenken, daß Kollegen, die Sommer und Winter in Arbeit stehen, eine Versammlung von zwei Stunden Dauer besuchen können. Spricht da nicht ein großer Teil Interessenslosigkeit mit? Da ist es wohl am Platze, den betreffenden Kollegen zuzurufen: Haltt zusammen; die Steinarbeiter Gothas haben es nötig!

Gartenstufen. Am 2. Februar fand hier eine gewöhnliche Monatsversammlung statt. In derselben wurde die Abrechnung bekannt gegeben, welche von den Revisoren geprüft und für richtig befunden wurde. Der Markenerwerb war in diesem Quartal nicht groß, weil die meisten Kollegen ausreisen mußten. Als Anerkennung für die geleisteten Dienste in der Zahlstelle wurde dem Vorstand und Kassierer eine kleine Gratifikation gewährt, und wurden diese auch einstimmig wiedergewählt. Kollege Schifferl als 1. Vorsitzender, Kollege Schlerpf als Kassierer und Kollege Kerchl als Schriftführer. Von der Aufstellung eines Delegierten wurde Abstand genommen und beschloffen, bei der Wahl für den Kollegen Bau in Grünsfeld zu stimmen, da es von großem Interesse ist, daß das Wusthallsgebiet vertreten ist. Verschiedene Anträge zum Verbandstag wurden gestellt und der allseitige Wunsch ausgesprochen, eine 3. Beitragsklasse einzuführen, da es uns tatsächlich unmöglich ist, mit diesem Beitrag die hiesigen Steinbrecher zu gewinnen. Besonders hervorzuheben wurde die Notwendigkeit einer Verkürzung der Karenzzeit bezw. der Gewährung der Reiseunterstützung, da dieselbe 52 Wochen beträgt, wenn einer innerhalb eines Jahres 36 Mark bezogen hat. Auch diejenigen Kollegen, welche 2 oder 3 Jahre brauchen, bis sie die volle Unterstützung beziehen, werden keine Vergünstigung haben. Wird ein solcher Kollege arbeitslos und hat durch seine alte Legitimation nur noch einige Tage Unterstützung zu beanspruchen, so wird er während seiner Reise ebenso unterstützunglos wie derjenige, welcher dieselbe in einem Jahre vollständig bezogen hat. Die meisten Kollegen sind überhaupt der Meinung, daß sie nach Ablauf der 1. Reisekarte, nachdem sie wieder 13 Wochen Beiträge geleistet haben, wie es im Statut zu verstehen ist, wieder eine neue Karte erhalten, da hierüber nur die Vertrauensleute, welche im Besitz eines Leitfadens sind, näher in Kenntnis gesetzt sind. Hoffentlich wird darüber auf dem Verbandstage eine Besserung für die reisenden Kollegen geschaffen. Nachdem noch einige örtliche Angelegenheiten besprochen worden waren, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Hodenau. Am 30. Januar fand hier eine öffentliche Steinarbeiterversammlung statt, welche gut besucht war. 1. Punkt: Abrechnung vom 4. Quartal 1903. Einnahme 290.18 Mark, Ausgabe 127.15 Mark, Bestand 163.03 Mark. Betreffs Bescheidung der Gaukonferenz wurde beschloffen, von den beiden Zahlstellen Deutmansdorf und Hodenau nur einen Delegierten zu senden, und wurde Kollege Sachbach gewählt. In Tarifsangelegenheiten wurde beschloffen, eine Erhöhung von 10 Proz. auf die Flächen des jetzt bestehenden Tarifs zu fordern und auf alle Fälle durchzusetzen.

Heppenheim. Am Freitag, den 8. Februar, fand hier im großen Rathsaussaale die Vertreterwahl der Delegierten zur Distriktskonferenz statt. An der Wahl beteiligten sich 146 wahlberechtigte. Gewählt wurden 40 Personen. Auf die Liste der organisierten Steinarbeiter und Tabakarbeiter und der sozialdemokratischen Partei entfielen 97 bis 144 Stimmen. Unsere Liste ist also gewählt. Die Unternehmer und verschiedenen Zentrumsmänner hatten Gegenkandidaten aufgestellt. Auf diese List entfielen nur 30 bis 46 Stimmen. Die organisierten Arbeiter Heppenheims können auf ihren so glänzend errungenen Sieg stolz sein. Die Steinarbeiter aber insbesondere mögen auch zukünftig ihre Einmütigkeit zum Gedeihen des Verbandes beizubringen.

Mainz. Am 7. d. M. hielt die hiesige Zahlstelle ihre Generalversammlung ab, welche leblich besucht war. Der Kassierer verlas die Abrechnung vom 3. und 4. Quartal. Ersteres ergab eine Einnahme von 143.20 Mk., dem eine Ausgabe von 128.28 Mark gegenüberstand, verbleibt ein Kasfenbestand von 14.92 Mk. Das letzte Quartal hatte eine Einnahme von 111.27 Mk., eine Ausgabe von 104.80 Mk., verbleibt reiner Kasfenbestand in Höhe von 6.47 Mk. Da von den Revisoren die Kasse richtig befunden worden war, wurde dem Kassierer Decharge erteilt. Der Mitgliedsbestand beträgt 56. Die Neuwahl des Vorstandes ergab folgendes Resultat: Koll. Schmidt 1. und Koll. Neß 2. Vorsitzender, Koll. Mühlhoff wurde als Kassierer wiedergewählt, die Kollegen Flach und Unglaun als Schriftführer und die Koll. Korn und Neis als Revisoren. Zum Gewerkschaftskartell wurden die Koll. Lucas und Kullmann delegiert. Beim nächsten Punkt: Lohnerhöhung, entspann sich eine lebhaft Debatte. Eine fünfgliedrige Kommission, welche gewählt wurde, soll sich mit dem Gausleiter in Verbindung setzen, um über diesen Punkt endgültig zu beraten und das Material der nächsten Versammlung zur weiteren Stellungnahme vorzulegen. Nach Erledigung weiterer interner Angelegenheiten wurde die Versammlung geschlossen.

Meis. Ueberall liest man in den Lokalblättern der Elbe- und Saargegend und der westl. Pfalz von der Stadterweiterung in Metz und der Arbeitslosigkeit der Bauhandwerker. So war es im Frühjahr 1903, jetzt werden dieselben Erörterungen wieder bemerkt. Ueberall sucht man Leute. Besonders die Firma Dürren, welche hier einen Kirchenbau hat, aber Metzger Steinbauer nicht einstellt, denn dieselben verlangen einen ansässigen Lohn. Davon später mehr. Wie enttäuscht sind aber die Kollegen, wenn sie glauben, eine gute Organisation anzutreffen. Zweitens: Wie steht es mit dem Arbeitslohn und der Arbeitszeit? Durchschnittlich wird bezahlt pro Kubikmeter glatte Arbeit 18—20 Mk., für Profilierter 26—30 Mk. Da aber der Durchschnittslohn 24—28 Mk. nicht übersteigt, ist selbstverständlich. Man sollte nun meinen, daß die Kollegen unter solchen Verhältnissen sich zusammenschließen und der Organisation beitreten würden, aber leider ist dieses nicht der Fall, denn von den hier jetzt be-

Zur Bundesratsverordnung.

Zu Frankfurt a. M. glauben die Unternehmer, es existiere keine solche Verordnung. Die dortige Gausleitung

schäftigten zu bewegen sind, sage und schreibe, 9 zahlende Mitglieder; daß die Bauunternehmer resp. deren Poliere leichtes Spiel haben, ist klar, und so geht es fort in dem alten Schlenkrian ohne etwas zu erreichen. Momentan sind noch 35 Kollegen arbeitslos und es ist daher zwecklos, hier zuzureisen.

Mürnberg. Am 6. Februar fand hier eine mächtig besuchte Steinarbeiterversammlung statt. Der Kartelldelegierte erstattete Bericht über die letzte Kartellversammlung und über den Jahresabschluss des Arbeitersekretariats, woraus zu ersehen war, daß gute Fortschritte zu verzeichnen sind. Im weiteren wurde von den Holzarbeitern der Vorschlag gemacht, mit ihnen ein Exemplar des Fachorgans zu tauschen. Nach eingehender Besprechung wurde der Vorschlag genehmigt. Eine lebhafte Debatte entspann sich über den Abonnementbeitrag zum Steinarbeiter. Es wurde nachgewiesen, daß Kollegen, welche hier Arbeit nehmen, sich den Steinarbeiter abonnieren, aber bei ihrer Abreise gar nicht daran denken, denselben zu bezahlen; daß dies nicht zugunsten der örtlichen Kasse beiträgt, kann sich jeder Kollege denken. Es wäre nur zu wünschen, daß in Zukunft solche Fälle nicht mehr vorkommen. Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten erfolgte Schluß der Versammlung.

Würzburg. Am 7. Februar tagte hier im Gasthaus zur blauen Glocke eine gut besuchte Mitgliederversammlung. Zur Tagesordnung stand: Wahl eines Delegierten zum Kartell. Kollege Brust wurde gewählt und nahm an. Erhebungen über die Mißstände auf Plätzen, welche der Bundesratsverordnung nicht entsprechen. Es sprachen sich mehrere Kollegen darüber aus, daß man nochmal andere Schritte ergreifen müsse, indem hier mit Ausnahme von einigen Plätzen noch gar keine Frühstücksbüden vorhanden sind. Die Stellungnahme zur Generalversammlung rief eine etwas lebhafte Debatte hervor. Kollege Krämer aus Gaubüttelsbrunn ging die einzelnen Punkte der provisorischen Tagesordnung zur nächsten Generalversammlung durch und legte klar, daß allein mit der Gauleitung nicht agitiert werden kann ohne Beihilfe anderer Kollegen. Gerade in den unliegenden Müschalkbrücken von Würzburg, wo Hunderte von Kollegen beschäftigt sind, muß es unsere Hauptaufgabe sein, unsrer Organisation Eingang zu verschaffen suchen. Kollege Henneberger nahm das Wort mit dem Bemerkten, daß im nahen Orte Kleinrinderfeld, wo schon eine Zählstelle bestand, wieder eine Versammlung abzuhalten sei, indem sich die Kollegen nicht mehr durch falsche Vorpiegelungen von Seiten der Geschäftse beeinflusst lassen. Steinmetzmeister Schilling, Berlin, hat dort einen sehr großen Betrieb, wo einige hundert Arbeiter beschäftigt sind.

Rundschau.

Neue Marmorfunde in Bayern. In Berchtesgaden wurde kürzlich ein roter weißgederter Marmor gefunden, der unter der Bezeichnung Lindenhöher Marmor in den Handel gelangt. Zu den monumentalen Ausführungen in München am Armeenuseum soll derselbe schon Verwendung finden. Wie berichtet wird, sollen Blöcke in jeder Größe gewonnen werden können. Besitzer dieses Bruches ist ein bayrischer General a. D.

Schadenersatzpflicht der Gewerkschaften. In seinem Deutschen Volksblatt hat der Zentrumsabg. Erzberger das Lied vom „Terrorismus der Gewerkschaften“ angestimmt und angeregt, es solle versucht werden, auf Grund der jetzigen Gesetze die „Raffengelder“ der freien Gewerkschaften zu beschlagnahmen, um damit durch Streiks usw. geschädigte Unternehmer usw. zu entschädigen. Jetzt nimmt in den Deutschen Stimmen ein Zurist das Wort, um den frommen Erzberger zu belehren, auf Grund des geltenden Rechts seien die Gewerkschaften für „Streikschaden“ und ähnlichen nicht haftbar zu machen. Wehklagend schreibt die Scharfmacherpresse: „Bekanntlich ist in England in zwei Fällen die Verurteilung der Gewerkschaften von den Arbeitgebern durchgeführt worden; sowohl die Gewerkschaft der Taff-Valle-Eisenbahner wie die der walisischen Bergleute haben wegen Ueberredung zum Vertragsbruch und des daraus den Arbeitgebern entstandenen Schadens je zwei Millionen Mark an die letzteren zu zahlen gehabt. Im Hinblick auf diese Fälle ist in der deutschen Presse behauptet worden, auch unsere Gesetzgebung ermögliche eine solche Schadloshaltung des Unternehmertums. Das ist nach dem Gewährsmann der genannten Halbmonatsschrift (Deutsche Stimmen) indessen nicht der Fall; unsere Gesetzgebung bietet nach ihrem derzeitigen Stande noch keine Handhabe zu dem gedachten Vorgehen. Das Bürgerliche Gesetzbuch kennt keine Vorschrift, wonach der zum Vertragsbruch Anstiftende schadenersatzpflichtig ist. Denn das Bürgerliche Gesetzbuch erwähnt den Anstifter allein im § 830, macht hier jedoch nur den Anstifter zu einer unerlaubten Handlung im Sinne des § 823 ersatzpflichtig. Vertragsbruch ist aber eine solche unerlaubte Handlung nicht. Auch § 826, wonach derjenige zum Schadenersatz verpflichtet ist, der in einer gegen die guten Sitten verstoßenden Weise einem andern Schaden zufügt, ist nicht anwendbar. Das Tatbestandsmerkmal der vorsätzlichen Schadenzufügung liegt bei der zum Streike anstiftenden Gewerkschaft fraglos vor; denn diese will ja die Arbeitgeber gerade dadurch zur Gewährung besserer Lohnbedingungen zwingen, daß sie ihnen durch den Vertragsbruch der Arbeiter Schaden zufügt. Dagegen scheidet die Anwendung des § 826 an dem Erfordernis der Unsitlichkeit. (1) Denn die Anstiftung zum Vertragsbruch als eine Unsitlichkeit im Sinne dieses Paragraphen aufzufassen, ist nicht ohne weiteres möglich. Auch im Falle der Zuerkennung der Rechtsfähigkeit an die Berufsvereine — eine Frage, die von der Antisoz. Korrespondenz völlig unberechtigt mit diesem Gegenstand in Verbindung gebracht worden ist, wäre an der Rechtslage nichts geändert, weil auch eine Einzelperson wegen Anstiftung zum Vertragsbruch in der Regel nicht ersatzpflichtig gemacht werden kann. Also, ohne neue Gesetze ist auf diesem Wege in Deutschland nichts zu erreichen.“

Die Gründung eines Vereins zur Entschädigung von industriellen Arbeitgebern in Streikfällen ist in den letzten Tagen von Leipzig aus angeregt worden. Es soll damit es in einem zu diesem Zwecke versandten Zirkular heißt, den verheerenden Wirkungen der Arbeitseinstellungen begegnet und der Organisation der Arbeiter ein gleiches Werk der Einigkeit der Arbeit eber entgegengestellt werden. Natürlich muß der Crimmitschauer „Streik“ wieder als eine der Ursachen bezeichnet werden, die einen festen Zusammenschluß der Arbeitgeberchaft „gegenüber dazartigen gewaltsamen Angriffen“ dringend geboten erscheinen lassen. Die geplante Vereinigung soll auf der Basis eines Unterstützungvereins mit jährlich festbegrenzten Mitgliedsbeiträgen und für den Streikfall bestimmt bemessenen pekuniären und sonstigen Unterstützungen aufgebaut werden. Die in Frage kommenden Momente des „Wertes“ sind schon eingehend bearbeitet worden; es sollen noch statistische Feststellungen, Verhandlungen mit maßgebenden Behörden u. angeregt werden. Das Zirkular ist unterzeichnet von folgenden Industriellen: Dr. Friedrich König in Leipzig-Lindenau, C. Schiering, Direktor der Rauchwarenfabrikerei und Zuchterei, Aktiengesellschaft in Markranstädt, Georg Schumann, in Firma M. Schumann in Leipzig,

Kommissionsrat Hugo Frische, Leipziger Dampfbuchbinderer, Aktiengesellschaft, Hermann Reddermeier von der Firma Körting u. Matthies in Leipzig, Rob. Delschlügel in Leipzig. Außerdem sind noch unterzeichnet Kommerzienrat v. Dreyse, Gewerfabrik Sömmersda, Direktor Rascher, Firma Lehmann u. Co. in Reinickendorf-Berlin und Kommerzienrat S. Wirth, Firma Rappé u. Wirth in Berlin.

Um die Arbeiterorganisationen zu vernichten, sind die Unternehmer neuerdings in ein wahres Gründungsfièvre hineingeraten, es fällt daher gar nicht mehr besonders auf, wenn hier oder da ein neuer Plan gegen die Arbeiter ausgeheckt wird. Um etwas Abwechslung in die Sache zu bringen, blasen diesmal Leipziger Großindustrielle zum Sturm. Die Töne sind recht laut und auch, insofern von Verhandlungen mit maßgebenden Behörden die Rede ist, ist diese Tonart nicht neu. Es sind die alten Scharfmacherweisen, die die Behörden zur Knebelung und Unterdrückung der Arbeiter veranlassen sollen. Die Arbeiterschaft muß auf dem Posten sein. Stärkung der Arbeiterorganisationen, das ist die beste Antwort auf das Vorgehen des Unternehmertums.

Regelung des Submissionswesens. Gegen die Auswüchse des Submissionswesens ist die Stadt Fürth durch Aufstellung von Lieferungsbedingungen vorgegangen, durch die das Verhältnis zwischen der Stadt und ihren Lieferanten geregelt wird. Mit diesen Bestimmungen, die zwar nicht alle Forderungen voll befriedigen, aber immerhin einen wesentlichen Fortschritt darstellen, sind die Wünsche erfüllt, die die Vereinigung der Fürther Bauhandwerker vor zwei Jahren an den Magistrat gestellt hat. Die hauptsächlichsten Punkte sind: Arbeiten, die zu jeder Jahreszeit ausgeführt werden können, sind so zeitig anzuschreiben, daß sie in der geschäftsflauen Zeit zur Ausführung kommen können; dadurch soll arbeitslosen Saisonarbeitern Arbeitsgelegenheit geboten werden. Gegen das Unterakkordantensystem und die Heimarbeit richtet sich die Anordnung, daß die Arbeiten vor allen Dingen an solche Unternehmer zu vergeben sind, die die Arbeit im eignen Betriebe ausführen lassen. Mindestangebote finden keine Berücksichtigung, wenn deren Endsummen einen unverhältnismäßig großen Abstand von den Endsummen der übrigen Angebote aufweisen. Dadurch soll der Preisdrückerei vorgebeugt werden. Die Stadt stellt für die von ihr zu vergebenden Arbeiten keinen Vorkaufschlag auf, sondern überläßt es den Bewerbern, ihre Preise zu berechnen. Von der Werbenaugung ausgeschlossen sind Unternehmer, in deren Betrieben eine über das übliche Maß hinausgehende Arbeitszeit herrscht, die Löhne zahlen oder Arbeitsbedingungen stellen, die hinter den sonst in dem betreffenden Gewerkszweig üblichen Löhnen und Arbeitsbedingungen zurückstehen, außerdem jene Unternehmer, die sich, wenn in ihrer Branche eine Tarifgemeinschaft besteht, dieser nicht anschließen, oder die Gegenstände, deren Herstellung in der Werkstatt möglich ist, in Heimarbeit anfertigen lassen. Die Stadt wacht darüber, daß die Arbeitsbedingungen eingehalten werden. Besonders manche Baumeister werden es sehr un bequem empfinden, daß sie jederzeit über die Arbeitsverträge und deren Erfüllung Aufschluß zu geben, die Lohnlisten vorzuzeigen haben u. a. m. Werden die Verpflichtungen gegen Arbeiter oder Handwerker nicht erfüllt, so hat die Stadt das Recht, die schuldigen Beträge auf Rechnung des Unternehmers unmittelbar an die Berechtigten auszubehalten. Will ein Unternehmer einem minderwertigen Arbeiter einen geringeren Lohn zahlen, so hat er hierzu die Genehmigung des Amtes einzuholen. Die sozialdemokratischen Mitglieder wollten den Unternehmern noch die Einführung des Neunfundentags zur Pflicht machen, darauf ließen sich aber die bürgerlichen Stadtvertreter nicht ein, weil sie „der allgemeinen Entwicklung nicht allzuweit vorausseilen wollen“.

Belohnung polizeilicher Dienste in Straßburg i. G. Nach den Mitteilungen der Straßburger Freien Presse wurden der dortigen Polizeidirektion von der Baugewerksinnung 1200 Mk. als Belohnung für die geleisteten Dienste während des Bauarbeiterstreiks zur Verteilung an die Schutzmanschaft und die Gendarmerie angeboten. Die Direktion wies das Geld jedoch zurück, sie wolle nichts damit zu tun haben. Das war sehr korrekt gehandelt. Doch die Baugewerksinnung steckt voller Noblesse, sie läßt sich nichts schenken (höchstens von den Arbeitern), die Dienste der Polizei aber weiß sie zu belohnen, auch wenn die maßgebenden Behörden dies nicht dulden wollen. So wurde denn den einzelnen Revieren mitgeteilt, daß für jeden Schutzmann auf dem Bureau des Herrn Hug ein Douceur von 4 Mk. (für Wachtmeister soll es etwas mehr gewesen sein), bereit liege. Seitens dieser Reviere ist dann das Geld auch abgeholt worden und richtig zur Verteilung gelangt. Daß so etwas nicht verborgen bleiben kann, ist eigentlich selbstverständlich, und die Herren von der Baugewerksinnung hätten sich das wohl selbst sagen können. Die Polizeidirektion hat nun bei der letzten Lohnzahlung einfach jedem Schutzmann die erhaltenen Gelder wieder in Abzug gebracht und der Baugewerksinnung zur Verfügung gestellt. Die aber will von dem Gelde nichts wissen, folglich gibt es zurzeit in Straßburg herrenlose 1200 Mk. Unser Parteiorgan hat nun den Vorschlag gemacht, das herrenlose Gut nach Crimmitschau zu senden zur Unterstützung der dort ausgesperrten Weber. Sollte dieser Vorschlag nicht die Zustimmung der Verfügungsberechtigten finden, so empfehlen wir, das Geld den unschuldig verhafteten Streikposten als Entschädigung zu überweisen.

Soziales.

Können frange, aber noch teilweise arbeitsfähige Personen Mitglieder von Krankenkassen werden? Das Krankenversicherungsamt des Rates der Stadt Leipzig hat kürzlich über die Frage eine Entscheidung gefällt, die für weitere Kreise von Interesse ist. Bei der Ortskrankenkasse in Leipzig wurde ein Arbeiter W. zur Versicherung angemeldet jedoch abgewiesen, da kein „versicherungspflichtiges Arbeitsverhältnis“ vorläge, weil W. nach dem Gutachten des Vertrauensarztes als „erwerbsunfähig“ anzusehen sei. Eine solche Person könne aber nicht als versicherungspflichtig angesehen werden. Auf erhobene Beschwerde hin wurde jedoch vom Krankenversicherungsamt die Ortskrankenkasse angewiesen, den W. als Mitglied aufzunehmen. Die Begründung weist darauf hin, daß § 1 des Krankenversicherungs-gesetzes alle jene Personen dem Versicherungszwange unterwirft, die gegen Lohn in einem Gewerbebetriebe beschäftigt sind. Hieraus ergeben sich folgende Bedingungen: erstens das tatsächliche Vorhandensein einer Beschäftigung,

zweitens die tatsächliche Empfangnahme eines in irgendwelcher Form für die Beschäftigung gewährten Entgelts. W. ist nun, wenn auch nicht in der Weise, wie ein im Vollbesitz seiner körperlichen und geistigen Kräfte befindlicher Arbeiter, aber doch in einem seiner herabgeminderten Gesundheit entsprechenden Maße regelmäßig und dauernd beschäftigt worden. Diese Tatsache widerlegt die Annahme einer absoluten Erwerbsunfähigkeit, denn darauf, welcher Art die Beschäftigung war und welcher Wert ihr beizumessen ist, kommt es nicht an. Wenn das ärztliche Zeugnis den W. für erwerbsunfähig erklärt, so ist es durch die Tatsachen widerlegt und kann keinen Einfluß auf die Entscheidung haben. Ein solches Zeugnis ist im letzten Grunde doch das Produkt subjektiver Einschätzung und persönlichen Dafürhaltens und kann als solches sehr wohl durch objektive Tatsachen korrigiert werden. Da auch festgestellt wurde, daß W. für seine Arbeit einen wöchentlichen Lohn erhielt, so waren alle Erfordernisse des § 1 des Krankenversicherungs-gesetzes erfüllt und deshalb die Versicherungspflicht zu bejahen.

Bekanntmachungen der Vertrauensleute.

München. Den Zahlstellen zur Kenntnis, daß der Steinmetz Ludwig Müller von Schleißheim immer noch sein Buch sowie Reisetkarte bei mir liegen hat und seinen Verpflichtungen noch nicht nachgekommen ist.

Die Steinmetzen Max Pfeffer aus Bärth und Mario Magg aus Sankt Ambrogio sind, ohne sich abzumelden, von hier abgereist. Jos. Fuhs, Vorsitzender, Lumbinger Str. 7/0.

Adressen-Änderungen.

Duisburg. Vorsitzender: Peter Spinnratth, Mühlstraße 74; Kassierer: Paul Montermann, Mühlstraße 28, III. Das Fremdengeleit wird auf Plaz Annüller vom Kollegen Spinnratth ausbezahlt.

Hamburg I. Vorsitzender: Karl Neumann, Janischstr. 48, I.

Quittung.

Eingegangene Gelder vom 8. bis mit 18. Februar 1904.

Behlen, 1. Du. 1.—; Ohlau, Beitrag 7.20; Schmalkalben, 1. Du. 0.95; Beucha, Beitrag 64.—; Mainz, Beitrag 3.20; Düsseldorf, Beitrag 64.—; Süßdorf, Beitrag 15.—; Kiel, Beitrag 64.—; Ueberlingen, 1. Du. 6.40; Lahr, 8. Du. 6.—; Königsbrunn, Delegiertensteuer 7.50; Lübeck, Beitrag 32.—; Grimma, 4. u. 1. Du. 2.40; Gumbing, Beitrag 1.78; Stuttgart I, Beitrag 124.—; Rördlingen, Eintrittsmarken 1.50, Beitrag 28.—; Dresden, Beitrag 1948.75, Eintrittsmarken 50.—, Protokolle 1.25, 4. Du. 73.95; Rothenburg, 4. Du. 7.20; Raumburg, Beitrag 32.—, Hauptbuch 2.50, Farbkissen 0.50; Gießen, Beitrag 2.30; Albenborn, Beitrag 20.72; Mainz, Delegiertensteuer 10.—; Leipzig II, Beitrag 64.—; Alagen, Beitrag 15.95; Aue, 1. bis 4. Du. 4.80; Berlin I, Beitrag 320.—; Hafferode, Beitrag 50.88; Erfurt, Beitrag 50.40; Duisburg, Beitrag 32.—, Eintrittsmarken 5.—, Protokolle 1.—, Delegiertensteuer 0.75. **Fritz Lange.**

Briefkasten.

Häslcht i. Schlesien. Die Abänderung ist nicht von D. g. Wir können doch nicht wissen, ob R. Revisor oder Kassier. ii. In jedem Briefe eine andere Darstellung.

Z. Tut uns leid, die Frage ist genügend erörtert. **Trennfurt.** Sende zuvor 1.20 Mk. ein, sonst findet das Inserat keine Aufnahme; siehe Hinweis am Kopfe des Blattes unter Anzeigen.

Die Korrespondenzblätter von der Nr. 5 sind wir nicht in der Lage nachzuliefern, denn wie uns ein Mitglied der Generalkommission mitteilt, wurden dieselben hierher überwiesen, aber uns nicht ausgehändigt. Es liegt somit das Versehen bei der Post. Nach eingeholter Information ist die Generalkommission leider nicht in der Lage, die Blätter nochmals zu überweisen, indem diese Nummer vergriffen ist.

Anzeigen.

Todes-Anzeigen.

Am 4. Februar verschied unser Kollege, der Steinmetz

Otto Gütter

im Alter von 30 Jahren und 11 Monaten an der Berufskrankheit.

Ehre seinem Andenken!

Zahlstelle Hamburg I.

Am 5. Februar starb unser Kollege

Friedrich Demmler

nach 2-jährigem Siechtum im Alter von 33 Jahren an der Berufskrankheit.

Ruhe sanft!

Die organisierten Steinarbeiter von Crimmitschau.

Am 8. d. M. verschied nach 13-wöchigem Krankenlager unser braver Freund und Kollege

Emil Kleiner

im Alter von 31 Jahren 4 Monaten an der Berufskrankheit.

Er folgte seinem vor sieben Monaten an derselben Krankheit dahingegangenen Bruder im Tode nach.

Ein bleibendes Andenken bewahren ihm

Die organisierten Steinarbeiter von Breslau.

Am 12. Februar starb unser Kollege, der Steinmetz

Fritz Hofbauer

im Alter von 26 Jahren an der Lungenentzündung.

Ehre seinem Andenken!

Zahlstelle München.

Verantwortlicher Redakteur: H. Staubinger, Leipzig. Notationsdruck der Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.

Arbeitslosigkeit und Arbeitslosenversicherung in der Schweiz.

Der Leser bürgerlicher Zeitungen muß den Eindruck bekommen, daß die Arbeitslosigkeit in den letzten Jahren in der Schweiz wesentlich abgenommen habe. Selten findet er eine Notiz über Arbeitslosigkeit. Die Arbeitslosenversicherung ist fast gänzlich aus der öffentlichen Diskussion verschwunden. Einzig in den größeren Städten wird der Bürger durch Kreditbewilligungen der Behörden oder Versammlungen von Arbeitslosen daran erinnert, daß das Gespenst der Arbeitslosigkeit doch nicht bloß in den Köpfen der Arbeiterführer und in der sozialdemokratischen Presse spuke.

Diese Erscheinung ist um so auffälliger, als die Arbeitslosigkeit innerhalb der letzten Jahre eher eine Zunahme als eine Abnahme erfahren hat. Wurde doch beispielsweise gerade in diesem Winter sozusagen auf der ganzen Linie über starke Arbeitslosigkeit geklagt. In Lausanne und Genf wurden die Behörden durch Versammlungen von Arbeitslosen und von „Menschenfreunden“ aller Parteien um Maßnahmen gegen die Arbeitslosennot ersucht. In Basel, Bern, Zürich und andern Städten machte sich frühzeitig starke Arbeitslosigkeit bemerkbar. Die Presse hierüber selten vernehmen, so hat das unter anderem seinen Grund darin, daß man sich an die Arbeitslosigkeit und die Notbehelfe zu deren Bekämpfung mehr oder weniger gewöhnt hat. Zürich blühte schon im letzten Winter auf eine zehnjährige Erfahrung hinsichtlich der Arbeitslosenunterstützung zurück. Basel kann das zehnjährige Jubiläum seiner Bestrebungen für eine Arbeitslosenkasse feiern, während Bern ebensolange eine fakultative Arbeitslosenversicherung besitzt.

Das Ungenügende der gegen die Arbeitslosigkeit praktizierten Maßnahmen geht übrigens deutlich aus den gesammelten Erfahrungen hervor. Mit Recht weist Genosse Aug. Merk, welcher als Mitglied der Arbeitslosenkommision in der Stadt Zürich sich große Verdienste um die statistische Erfassung der Arbeitslosigkeit erworben hat, darauf hin, daß die Schwere der Arbeitslosigkeit im Zunehmen begriffen sei. Es zeigt sich dies einmal in einer Zunahme der Arbeitslosenfälle und dann in dem Wachstum der Arbeitslosigkeit unter der ständigeren, seßhafteren Arbeiterbevölkerung. Das Urteil über die Arbeitslosenunterstützung zieht er aus der auffallenden Abnahme der jüngeren Jahrgänge der Arbeitslosen. Gewiß hat der Beschäftigte des Stadtrats, ledigliche Arbeitslose nur in Ausnahmefällen zu unterstützen, dabei eine Rolle gespielt. Doch das nebst andern Gründen erklärt die erwähnte Abnahme nicht völlig. Viel mehr hat dazu der Umstand wesentlich beigetragen, daß die heutige Form der Arbeitslosenunterstützung eine Art Almosen bedeutet; die diese jungen Leute zurückhält. Mit zunehmendem Alter, zunehmender Familie und Familien sorgen wird das Gefühl abgestumpfter und manchen, der sich erst schäme zu kommen, zwingt endlich die Not zum schweren Gang. Es ist daher begreiflich, daß Merk seinen Bericht der zürcherischen Arbeitslosenkommision über den Winter 1902/03 mit dem Wunsch schließt, die Unterstützung Arbeitsloser möchte bald aus dem Stadium des Provisoriums in ein gesetzlich geregeltes Definitivum übergehen, in ein Institut, an das die Arbeitslosen durch Gegenleistung ein Recht erwerben und dessen Benutzung für sie nicht mehr das Odium des Almosen trägt.

Wahrscheinlich wird dieser Wunsch noch lange nicht in Erfüllung gehen, trotzdem Zürich in den letzten zehn Jahren für Arbeitslosenunterstützung 172 673 Frank ausgeben und der Stadtrat für den laufenden Winter einen Kredit von 50 000 Frank für diesen Zweck bewilligt hat. Ebenso ist die Hoffnung gering, daß die Stadt Basel die Arbeitslosenversicherung in nächster Zeit einführen werde, obwohl Genosse Wullschleger dort das zuständige Departement des Regierungsrats bekleidet und sich alle Mühe gibt, den Gedanken zu fördern.

Als erste Frucht dieser Bemühungen ist unlängst ein äußerst wertvoller Bericht des statistischen Amtes des Kantons Baselstadt über die dortige Arbeitslosigkeit im Winter 1902/03 erschienen. Auch dieser Bericht zeigt deutlich, daß nicht wenige Arbeitslose es unter ihrer Würde halten, sich als arbeitslos anzumelden und die Unterstützung zu beziehen. Ebenso widerlegt derselbe wie die Erfahrungen in Zürich die Befürchtung, die Arbeitslosenunterstützung werde bewirken, daß die Wanderarbeiter den Winter über nicht mehr nach Hause gehen werden. In Zürich ist die Zahl der arbeitslosen Schweizerbürger sich ziemlich gleich geblieben. Einzig die Zahl der beteiligten Italiener ist etwas gestiegen. Doch ist diese Zunahme ganz erklärlich. Je größer die Zahl der zuwandernden Italiener, um so größer die Zahl derjenigen, die in ihrer neuen Heimat eine Familie gründen oder dieselbe nachkommen lassen. Auch in Basel zeigt in den zwei letzten Wintern die Zusammenziehung der Arbeitslosen nach Ländergruppen nur geringe Abweichungen. Das schwebende Element überwiegt. Der dort zunehmende Anteil der Italiener übertrifft mit 15,3 Prozent denjenigen in Zürich etwas.

Derartige Berichte sind geeignet, Vorurteile über die Arbeitslosigkeit und die Maßnahmen zur Bekämpfung derselben zu zerstreuen. Sie haben die Mission der Pioniere der Arbeitslosenversicherung zu erfüllen. Wie nötig dies ist, zeigt nicht zuletzt die Stellung der bürgerlichen Presse zu diesem Problem.

Gaubericht für Gau VI 1903.

Für Gau VI war vom Zentralvorstand Braunschweig als Vorort bestimmt. Als bis Mitte Februar vorigen Jahres kein Gauvorstand gewählt war, wählte sich der frühere Obmann der Agitationskommission veranlaßt, die Sache zu regeln. Er erhielt die Zustimmung vom Vorstand. Am 15. März fand in Braunschweig eine Versammlung in dieser Angelegenheit statt. Es hatte sich in dieser Versammlung bestätigt, was zu vermuten war und was später sich noch deutlicher zeigte: daß die Zahlstelle sich auflöste. Hierzu sei bemerkt, daß nur Bant und

Streit dazu beigetragen hat. Andern Zahlstellen diene dieses zur Warnung. Der jetzige Gauleiter wurde beauftragt, eine Konferenz in Hildesheim tagen zu lassen.

Nach Osterwald wurde der Gauleiter zuerst gerufen am 29. April. Nur durch das Eingreifen des Gauleiters und durch eine Warnung des Vorstandes wurde von einer Streiproklamation Abstand genommen. Leider zog sich die Lohnbewegung unendlich lange hin, und zwar bis Mitte Oktober. Die Erbitterung der Kollegen gegen die Unternehmer ist sehr groß.

Zur Aufklärung sei folgendes noch kurz mitgeteilt:

In den Jahren 1898 und 1899 fand ein Angriffsfreieit und ein Abwehrstreik statt, welche mit glänzendem Siege unsrerseits endeten. Die Firma Siebel konnte nach den Streiks sogar 70 Pfg. Stundenlohn zahlen, aber nur weil dieselbe mußte, und zwar gut 1/2 Jahr lang. Die Italiener waren fort und die deutschen Kollegen, weil ein Teil der Organisation abtrünnig geworden war, mußten büßen und müssen dies heute noch. Jedenfalls haben die Kollegen der Firma die etlichen Tausende von Mark, die der Streik gekostet hat, schon längst wieder eingebracht, weil diese Firma nicht mehr nach Tarif bezahlt, sondern Abzüge macht zwischen 10—30 Prozent. Diesem Vorzug sind zwei andre Firmen gefolgt: Meine u. Altmann und Schmidt. Nur die Firma Wedde, Osterwald, bezahlt noch stets nach Tarif. Im letzten Frühjahr schlossen sich fast sämtliche Kollegen wieder dem Verbande an. Am 15. August fand eine gut besuchte Versammlung statt, in der Kollege Starke als Referent erschienen war. Die Versammlung nahm dessen Vorschläge an. Anfangs Oktober gab Herr Jung einen Tarif heraus, der aber bis zu 33 1/2 Prozent in einigen Punkten reduziert war.

Der Gauleiter war in sechs Versammlungen und in vier Sitzungen anwesend. Albenleben, Braunlage und Springe sind eingeschlossen. In allen drei Orten hatten es die Kollegen noch nicht einmal für der Mühe wert gehalten, den Gauleiter davon zu unterrichten. Die Kollegen werden erst dann zur Einsicht kommen, wenn sie noch mehr ausgebeutet werden.

In der Zahlstelle Hannover ist der Streit und Bant etwas groß und es wird die höchste Zeit, daß dieses unterbleibt. Die Mitgliedschaft ist gestiegen, nur die Kollegen, die einstmals an erster Stelle standen, spielen heute die erbärmlichste Rolle. In diesem Orte war der Vorstand einmal und der Gauleiter zweimal als Referent. Braackweide hat die Gauleitung nicht in Anspruch genommen. In diesem Orte und in der Umgegend muß in Zukunft mehr für die Agitation getan werden. Nach der Zahlstelle Leopoldthal mußte der Gauleiter einmal zwecks einer Wahl des Vorstandes. Die Kollegen sind sehr zaghaft und bedürfen mehr Aufmunterung. Nach Wernigerode war der Gauleiter einmal; es arbeiten in dieser Gegend etliche Hunderte von Steinarbeitern. Es darf nichts gescheut werden, um die Kollegen zu gewinnen; gute Aussicht ist vorhanden. Auch nach Halberstadt war der Gauleiter beordert. In diesem Orte arbeiten nur fremde Kollegen, die Umgegend ist noch tief schwarz. Die Zahlstelle Osnabrück wollte im Sommer zwei Versammlungen haben mit Referenten. Es mußte aber davon Abstand genommen werden wegen der Lohnbewegung in Osterwald. Die letzte Zahlstelle ist Uesen. Hier liegen die Dinge noch sehr im Argen. Die Kollegen in den Brücken sind noch viel zu halbstarrig, um sich ihre Lage zu verbessern. Sie geben Dinge an, die keine Gründe sind.

Es haben insgesamt 14 Versammlungen, 5 Besprechungen, 4 Sitzungen bei Lohnbewegungen, 1 Konferenz, 1 Unterhandlung mit einem Unternehmer wegen Streik und 5 Gastbesuchen stattgefunden. Ueberall war der Gauleiter anwesend.

Mancher Ort wird nicht zufrieden sein mit diesem Bericht. Schriftliche Agitation ist auch nach andern Orten getrieben worden, aber leider ist noch kein Erfolg zu verzeichnen. In Briefen, Karten, Telegrammen usw. sind 157 Sendungen ausgegangen. Eingegangen sind 115 Sendungen. Am 31. Dezember 1903 sind Fragebogen versandt; aber dieselben sind leider noch nicht alle zurück, deshalb ist nicht festzustellen, wieviel Kollegen organisiert sind in unserm Gau. Auch die andern Fragen können nicht erörtert werden. Aber nach den einflussreichen Berichten, die zurück sind, scheinen die meisten Unternehmer die Bundesratsverordnung nicht einzuhalten. Ueber die Fragebogen werden wir später berichten.

Im allgemeinen werden die Kollegen nicht zufrieden sein. Im Juni war die Reichstagswahl, also bis Juli ist wenig Agitation getrieben worden und konnte damals kein Bericht gemacht werden. Hoffentlich wird es dieses Jahr besser. Dazu brauchen wir aber alle Kollegen. Es ist jedes Kollegen Pflicht und Schuldigkeit, die Beschlüsse hochzuhalten; das persönliche Geiz muß verschwinden, das schädigt nur, namentlich auch das Schlechtmachen der leitenden Personen. J. A. R. Müller.

Korrespondenzen.

Ramenz. Am Sonntag, den 31. Januar, fand im Gasthof zum Löwen eine öffentliche Steinarbeiterversammlung statt. Zum ersten Punkt der Tagesordnung: „Die wirtschaftliche Lage der Steinarbeiter und die Hebung durch die Organisation“, hatte Kollege Bieweg-Pirna das Referat übernommen. In klarer und sehr verständlicher Weise legte er den Anwesenden ihre Lage in früherer und jetziger Zeit vor Augen; besonders betonte er, daß durch die maschinellen Einrichtungen auch die Lage der Granitsteinarbeiter in hiesiger Gegend eine andre geworden sei, und es die Unternehmer verstehen, um ihre Profitlust noch zu vergrößern, auch den schon schlecht bezahlten Arbeitern noch einen Teil von den früher bezahlten Löhnen zu entziehen. Der reiche Beifall am Schlusse der Ausführungen zeigte, daß die Anwesenden mit den Ausführungen des Referenten sich einverstanden erklärten. Zum 2. Punkt: Die Absperrung der Königsbrücker Kollegen, gab Kollege Wathe Bericht. Er führte folgendes aus: Vor zirka 1/2 Jahre sahen sich die Steinarbeiter von Königsbrück und Umgegend infolge ihrer mitleidigen Lage auch endlich gezwungen, sich der Organisation anzuschließen. Es schien, als wenn den Herren Unternehmern ein Schreck in alle Glieder gefahren sei. Sie gründeten einen Unternehmerverband, um, wie es scheint, gemeinsam den organisierten Kollegen entgegen zu treten. Es wurden in kürzerer Zeit neun Kollegen aufs Pflaster geworfen. Die Unterhandlungen mit dem Gauvorstandes verliefen resultatlos. Ja, die Unternehmer gaben an, daß man die Arbeiter nur wegen Negeleien entlassen hätte. Dieses glauben doch hoffentlich die Unternehmer selbst nicht, da sich von den entlassenen Kollegen noch nicht einer seit Westehen der Organisation in dieser Hinsicht etwas zuschulden kommen ließ. Hauptsächlich hatte man es auf die besten Kräfte in der Organisation abgesehen. Sehr bemerkenswert sei es, daß ein früher organisierter Steinarbeiter, jetziger Steinbruchbesitzer, Herr Bruno Zentchen, den Vorsitz in dieser Unternehmerorganisation führt. Vielleicht versteht es dieser am besten, wie man den Arbeitern ihr Koalitionsrecht illusorisch machen kann. Ueber die weiteren bestehenden mitleidigen Verhältnisse gab Kollege Purtsche Bericht. Er meinte, daß von Einhaltung der Bundesrats-Verordnung nicht das geringste zu spüren sei; daß sogar in einem Bruch ein Petroleummotor ohne behördliche Genehmigung aufgestellt sei, und sich das Petroleum hierzu in der nebenstehenden

Schneue befinde. An eine Absperrung der Brücke sei überhaupt nicht zu denken. Dessenungeachtet sei der Gewerbeinspektor nicht einmal dahinter gekommen, obwohl er da n e b e n gefunden habe. Eine Anzahl Kollegen ließen sich in den Verband aufnehmen.

Oypach. Endlich ist es uns gelungen, ein Lokal zu erhalten, wo wir eine Steinarbeiterversammlung abhalten konnten; dieselbe fand Sonntag, den 7. Februar, in Hensels Restauration in Weiersdorf statt. Der erste Punkt war Kasfenbericht und Neuwahl des Vorstandes. Der Kassierer, Kollege Wünsche, erstattete den Kasfenbericht; derselbe wurde von den Revisoren für richtig befunden. Hierauf wurde der Kassierer entlastet. Die Neuwahl ergab als Verirauensmann Kollegen Thomas, als Kassierer Kollegen Gustav Schniebs in Weiersdorf. Zu Revisoren wurden die Kollegen Löffler und Heintz gewählt. Im 2. Punkt: Stellungnahme zum Verbandstag, resp. Anträge hierzu, erörterte Kollege Looke-Löbau die Wahlkreiseinteilung, die Delegation und den Verbandstag selbst. Kollege Thomas führte aus, daß in Löbau Kollege Höhne als Delegierter zum Verbandstag in Vorschlag gebracht wurde und derselbe auch mit den hiesigen Verhältnissen vertraut sei; er ersuchte die Kollegen, sich bei der Wahl dem Vorschlage der Zahlstelle Löbau anzuschließen, was von der Versammlung gutgeheißen wurde. Unter gewerkschaftliches ersuchte die Kollegen Löffler und Looke die Anwesenden, sich mehr an Pünktlichkeit zu gewöhnen. Kollege Thomas ersuchte die Kollegen, welche dem Verband neu beigetreten sind, fest zur Sache zu halten und sich nicht wieder wankelmütig zu zeigen.

Strasbourg i. Elß. Zur Beachtung! Seit den letzten Wochen ist eine außergewöhnliche Zuwanderung arbeitssuchender Kollegen zu verzeichnen. Zurzeit ist dies jedoch vergebens. Arbeitslose sind sehr viel hier, besonders Verheiratete. Konstatieren kann man auch, daß eine gewisse Auslese unter den Organisierten gemacht wird. Man weiß wirklich nicht recht, mit welcher Absicht die Unternehmer operieren, trotzdem Arbeit vorhanden ist, erfolgt keine Einstellung, vielmehr immer Entlassungen. Mehrere große Arbeitsplätze sind wie ausgestorben. Wie auf Kommando lautet überall die Antwort: es fehle an Zeichnungen. Nicht ganz unrichtig wird die Annahme sein, daß diese Spannung auf die geplante Herabsetzung der Octroi-Tarifsätze auf fertige Steinhauerarbeit, welche zurzeit den Gemeinderat Straßburgs beschäftigt, zurückzuführen ist. Ob die dort dominierenden „Arbeiterfreunde“, zu welchen in erster Linie der Baugewerksvorsitzende Herr Wally gehört, Erfolg haben, bleibt abzuwarten. Ihre Absicht besteht darin, die Zufuhr fertiger Arbeit von auswärts zu ermöglichen, deshalb ist man mit aller Macht bemüht, die Octroi-Abgaben für diese Arbeit zu verringern. Wie verlautet, sind auch schon 200 Maurer aus Italien angeworben worden. Deshalb zweifeln wir gar nicht daran, daß der Versuch unternommen wird, auswärts Ersatz für die „widerspenstigen“ vorwärts strebenden Straßburger Steinhauer zu suchen. Vielleicht sollen auch die Unterakfordanten aus dortiger Gegend bezogen werden, um Senkordienste zu leisten. Darum, Kollegen allerorts, seid auf dem Posten, die Straßburger werden es auch sein.

Stettin. Die Steinarbeiter Stettins hielten am 7. Februar ihre Mitgliederversammlung ab. Nach Abnahme des Jahresberichts und der Abrechnung vom 4. Quartal 1903 wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Zu Punkt 2 kam die Arbeitseinstellung in der Kunstseidenfabrik Komet zur Sprache. Es hatten nämlich 5 Kollegen die Arbeit eingestellt. Dieselben wollen den bis dahin gezahlten Stundenlohn von 37 Pfg. auf 48 Pfg. erhöht haben. Es wurde eine Kommission von zwei Mann gewählt, welche mit dem Betriebsmeister Rücksprache nehmen sollte, und es ist auch gelungen, den geforderten Lohn infolge der günstigen Konjunktur zu erreichen. Nur zwei Mann will der betreffende Meister nicht wieder einstellen. Ein Kollege mußte abreisen und es bleibt uns noch einer zu unterstützen. Betreffs Anträge zum Verbandstage wurde folgender Antrag angenommen: Eine gemeinsame Vorstandssitzung abzuhalten, Anträge auszuarbeiten und nach Genehmigung durch die nächste Versammlung dies dem Zentralvorstand mitzuteilen. Die Bundesratsverordnung kam noch zur Sprache, und es wurde der Vorstand beauftragt, beim Gewerbeinspektor vorstellig zu werden, damit endlich einmal Abhilfe geschaffen wird. Nach Regelung einiger gewerkschaftlicher Sachen erfolgte Schluß der Versammlung. Drei Kollegen wurden aufgenommen.

Strelln bei Köditz. Am 7. Februar sprach hier Kollege Alois Staudinger in einer gut besuchten Versammlung über die Entwicklungsgeschichte der deutschen Gewerkschaftsorganisationen. Derselbe widmete auch dem Verbands der Hartsteinindustrie etliche Worte und wies nach, daß im Jahre 1897 diese Vereinigung sich dem Zentralverbande der Industriellen anschließen wollte. Es geht daraus hervor, daß dieser Verband nicht bloß wirtschaftliche Interessenpolitik treibt, sondern unter dem Schutze der Oberstschaffmacher vom Zentralverband die Steinarbeiter auf Schritt und Tritt bekämpfen will. Die Ausführungen wurden sehr beifällig aufgenommen. Im Besonderen verwies der Vertrauensmann sowie der Referent auf eine pünktlichere Beitragsleistung. Es darf unter keinen Umständen mehr vorkommen, daß wegen Nichteinfendung der Vierteljahrsabrechnung die Zahlstelle Köditz im Fachblatt zur Veröffentlichung gelange. Es sei Ehrensache einer jeden Zahlstelle, bei dem Einsenden der Quartalsabrechnungen recht pünktlich zu sein. In der nächsten Zeit sollen Bezirksversammlungen stattfinden, hauptsächlich um neue Mitglieder zu gewinnen.

Trennfurt. Am 7. Februar fand hier eine gut besuchte Mitgliederversammlung statt. Unterm 1. Punkt der Tagesordnung erstattete der Vorsitzende Bericht über die Entwicklung unsrer jungen Zahlstelle; es sind hier Fortschritte zu verzeichnen. Im 2. Punkt verlas der Kassierer die Abrechnung vom 4. Quartal 1903. Die Richtigkeit derselben wird von den Revisoren bestätigt. Im Verschiedenen drehte sich die Diskussion hauptsächlich um die Delegiertenwahl. Bezüglich der Delegiertenwahl zur Generalversammlung wurden Zweifel laut, ob wir überhaupt als wahlberechtigt zu betrachten sind, da Trennfurt bei der Wahlkreiseinteilung nicht angeführt ist. Bezüglich des Steinarbeiters wurde betont, daß es Pflicht jedes Mitgliedes sei, das Fachblatt zu lesen, denn nur hier finden die Interessen der Steinhauer ihre richtige Vertretung. Zum Schluß forderte der Vorsitzende die Kollegen auf, die Versammlungen immer zu besuchen und treu zum Verbands zu halten.

Wiesbaden. Am 28. Januar fand eine öffentliche Steinarbeiterversammlung mit folgender Tagesordnung statt: 1. Jahresrechnungsablage; 2. Neuwahl des Vorstandes; 3. Abrechnung vom Fest und Verteilung des Ueberschusses. Punkt 1 wurde für richtig befunden. Es zeigte sich eine erfreuliche Zunahme unsrer Zahlstelle. Auf Antrag wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Bei der Wahl des Vorstandes wurden folgende Kollegen gewählt: Werner, Vorsitzender; Wolf, Beisitzer; Sachholz, Kassierer; Stiehl, Schriftführer. Die Abrechnung vom Fest zeigte einen hübschen Ueberschuß. Von der Versammlung wurde be-

Schlüssen, den Ueberfluß in gleichen Teilen an Kollegen Schärer sowie an die Witwen zweier verstorbener Kollegen zu verteilen. Zum Schluß forderte Kollege Wolf die anwesenden Kollegen der Grabbsteingehäuse auf, dem Verband vollzählig beizutreten. Mit einem Hoch auf den Verband wurde die Versammlung geschlossen.

Dresden. Seit dem 2. Januar stehen bei der Firma G. Stein sämtliche Granit- und Marmorarbeiter im Ausstand. Am 1. Oktober 1903 wurde von Herrn Stein der bestehende Tarif für Hauer und Schleifer gekündigt mit folgenden Worten: „Ich kündige Euch hiermit den Tarif; wir werden aber noch vor Ablauf desselben darüber reden.“ Damit sollte doch jedenfalls gesagt sein, daß er mit uns unterhandeln wollte. Er hatte es sich aber anders überlegt und allein einen Tarif ausgearbeitet, welchen er am 2. Januar vorlegte. Dieser Tarif wurde mit dem bestehenden verglichen, und es stellte sich heraus, daß der neue bedeutend reduziert war. Bei den Hauern waren auf den Quadratmeter Meißner 2 Mark gekürzt, und das Werkzeug sollte von jedem Hauer selbst gestellt werden. Bis jetzt hatte jeder sein Werkzeug erhalten. Was das nun für Anschaffungskosten und extra für eine laufende Ausgabe ist, kann sich jeder denken, der weiß, was in Granit für Werkzeug gebraucht wird. Am besten hatte Herr Stein aber die Schleifer bedacht; da war bald kein Punkt mehr, wo nicht reduziert war. Die Kollegen erklärten nun, unter diesen Bedingungen nicht weiterarbeiten zu können. Darauf wurden die beiden Vertrauensmänner bei Herrn Stein vorstellig, um mit ihm zu unterhandeln. Es wurde diesen nach längerer Unterhandlung erklärt, wer nicht nach dem neuen Tarif arbeiten will, soll es sein lassen. Darauf erklärten sich die Marmorarbeiter solidarisch und legten gleichfalls die Arbeit nieder. Es wurde trotzdem am andern Tage nochmals versucht, die Angelegenheit zu regeln, es war aber erfolglos. Herr Stein schreibt nun in einem Eingekleidet in Nummer 4 des Deutschen Steinbildhauers, daß die Grundpreise gar nicht reduziert worden wären. Wie kann Herr Stein bloß dazu kommen, etwas Derartiges zu behaupten, wo doch Klipp und Klar erwiesen ist, daß der Tarif ganz bedeutend reduziert ist? Im weiteren werden in diesem Artikel unsere Kollegen noch unläutere Motive unterzogen. Ob Herr Stein dafür Beweise erbringen kann, möchte bezweifelt werden. Zuletzt vermahnt sich Herr Stein hinter das Dresdner Gewerbegericht, welches entscheiden hätte, es liege hier ein Kontraktbruch vor. In Wirklichkeit trifft das Gegenteil zu. Am 4. Februar wurde eine Kommission bei Herrn Stein vorstellig und fragte an, ob das jetzige Verhältnis weiter bestehen sollte, oder ob Herr Stein eventuell gemillt wäre, die Differenzen beizulegen. Es wurden uns verschiedene Zugeständnisse gemacht und die Angelegenheit hätte sich ganz gut regeln lassen. Es wurde nun von uns verlangt, daß die Streitenden wieder alle eingestellt werden sollten. Auch das wurde halb zugestanden. Auf einmal erklärte der Bruder des Herrn Stein im Nebenzimmer, daß die Leute, welche ihm aus der Not geholfen hätten, nicht entlassen würden. Darauf wurde ihm gesagt, er möchte sich nur beruhigen, wir könnten unsere Kollegen nicht zumuten, mit diesen Leuten zusammen zu arbeiten. Darauf wurde dem Vertrauensmann das Kontor verboten. Es wurde nun Herrn Stein brieflich mitgeteilt, nach dem, was am heutigen Tage vorgegangen ist, ist es für uns unmöglich geworden, auf Ihrem Werkplatz zu unterhandeln, und haben wir ihn ersucht, Ort und Zeit zu bestimmen, wo wir eventuell die Differenzen beilegen könnten. Hieraus ist wohl recht deutlich zu ersehen, auf welcher Seite der Anstand und die Vernunft zu suchen ist. Herr Stein gehört dem Verband Deutscher Steinmehrgeschäfte an; und gleich nach Beginn des Streiks wurden an die Mitglieder die schwarzen Listen verandt mit den Namen der 20 Streitenden. Kürzlich flog uns nun wieder folgendes Schriftstück zu:

Berlin, den 22. Januar 1904.

An

Die Mitglieder des Verbandes deutscher Steinmehrgeschäfte
Hierdurch zur Mitteilung, daß der Ausstand bei unserem
Verbandsmitglied G. Stein, Granit- und Marmorwerke
in Dresden, unverändert fortdauert.

Den Ausständigen hat sich der Steinmehrlerning
Walter Richard Seifert, geb. den 19. September 1885 in
Dresden, angeschlossen. Wir machen auf § 127e der Reichs-
gewerbeordnung aufmerksam, laut welchem der Lehrling
binnen 9 Monaten in demselben Gewerbe von einem andern
Arbeitgeber ohne Zustimmung des früheren Lehrherrn nicht
beschäftigt werden darf.

Das Geschäftsamt
des Verbandes deutscher Steinmehrgeschäfte.
(Eingetragener Verein.)

Der betreffende Lehrling steht längst wieder in Arbeit. Im
weiteren: Auf welcher Seite liegt hier der Kontraktbruch? Laut
Kontrakt hat der Betreffende 3 Jahre zu lernen, hat aber ein
viertes Jahr noch bei dem Unternehmer zu bleiben; dafür ist der
Unternehmer, Herr Stein, verpflichtet, dem Betreffenden laut
Kontrakt den örtlichen Stunden- oder Akkordlohn zu bezahlen.
Das hat Herr Stein nicht getan. Hat nun der
junge Kollege oder der neuernannte Königlich Sächsische Hof-
lieferant Herr Stein den Kontrakt gebrochen? Das ist wohl
nicht schwer zu erraten. Man mag immer über Terrorismus
von Seiten der Arbeiter, aber der eigentliche Terrorismus ist wo
ganz anders zu suchen, nämlich bei den Unternehmern. Hierzu
ein Beispiel. Ein Streitender hatten bei einer Dresdner Firma
als Maschinenschleifer Arbeit erhalten; am vorigen Sonnabend
wurde ihm gekündigt mit der Erklärung, daß die betreffende
Firma von Seiten des Verbandes deutscher Steinmehrgeschäfte die
Anweisung erhalten hätte, ihn zu entlassen. Diese Firma ge-
hört dem Verbands der nicht an, deshalb ist es unbegreiflich,
wie man sich etwas Derartiges erlauben kann. Was nun die
Arbeitswilligen anbelangt, so liegt die Sache folgendermaßen:
Es wurden von der Firma Stein Leute gesucht zum Anlernen
beim Schleifen. Darauf hatten sich eine Menge eingefunden,
was ja bei der großen Arbeitslosigkeit selbstverständlich ist. Die
Firma glaubte, wir würden die Leute alle herausholen und
unterstützen; da hatte man sich aber stark verrechnet, denn wo
keine Hauer sind, da braucht man auch keine Schleifer; sie sind
alle wieder weggelaufen wohl bis auf zwei oder drei. Kollegen!
Aus dieser Darstellung ist ersichtlich, daß die Situation für uns
ganz günstig liegt, und wir ersuchen alle Gravit- und Marmor-
arbeiter, Bezug von Dresden fernzuhalten, damit kann es auch
nicht lange mehr dauern, es müssen die Würfel fallen.

Berichtigung.

Der Steinbruchbesitzer Köhler in Meissen findet wieder Ver-
anlassung, uns eine Berichtigung zu senden. Er nimmt diesmal
die Hilfe dreier Rechtsanwälte in Anspruch, um dem Stein-
arbeiter eins auszuwaschen. Herr Köhler berichtet sehr gerne,
und im vorigen Jahre sandte uns R. ebenfalls eine solche Zu-
schrift. Wir ließen dieselbe, weil sie den preßgesetzlichen Vor-
schriften nicht entsprach, untern Tisch fallen. Herr Köhler ärgerte
sich darüber sehr, denn er hatte einen ganzen Tag gepöfzt, um
etwas richtig zu stellen, was von uns gar nicht behauptet war.
Jetzt geht Herr Köhler zu Juristen, um ja seiner Sache sicher
zu sein, und wir erhalten folgende Zuschrift:

Rechtsanwälte

Außizrat Dr. Robert Reichel, Dresden, Amalienstraße 12, II.
Dr. Oskar Reichel, R. S. Notar, und Ernst Straumer,
Meissen, Gerbergasse 5, II. Fernsprecher Nr. 24.

Meissen, 6. Februar 1904.

An die Redaktion des Steinarbeiter

Leipzig.

In Nummer 6 der Zeitung Der Steinarbeiter vom 6. Fe-
bruar 1904 ist in der Beilage unter Meissen ein Artikel ent-
halten, der sich mit der Firma Köhler in Meissen beschäftigt.

Im Auftrage des Herrn Steinbruchbesitzer Oswald Köhler
in Meissen, für den ich Vollmacht befüge, erlaube ich Sie, fol-
gende Berichtigung aufzunehmen:

Es ist unklar, daß die Firma Köhler in Meissen fort-
während mit den Arbeitern in Lohnstreitigkeiten liege; viel-
mehr ist sie seit dem 11. Mai 1903 beendeten Streit nur
zweimal von Arbeitern verklagt worden; die Arbeiter sind in
beiden Fällen abgewiesen worden. Es ist unklar, daß
mander, der infolge von Zeitungsinsaraten des Herrn Köhler
nach Meissen gereist ist, bitter enttäuscht über die hiesigen Ver-
hältnisse, gleich wieder abgereist ist. Es ist unklar, daß Herr
Köhler die ersten Stücke solchen zugereisten Arbeitern nach
dem alten Tarif bezahlte, vielmehr wird nur der neue, im
Mai 1903 vereinbarte Tarif angewendet.

In Vollmacht.

Rechtsanwalt Dr. Oskar Reichel.

Hierzu wird uns mitgeteilt:

Zu Satz 1: Fortwährend sind Lohnstreitigkeiten an der
Tagesordnung. Köhler hat im Winter unter Tarif bezahlt;
denjenigen dagegen, die ihr Geld verlangten, wurde angedeutet,
daß sie wo anders hingehen könnten. Auch über die Postfertigkeiten
war immerwährend Streit. Zu Satz 2 wird er als vollständig
überführt betrachtet. Vor vier Wochen war ein Kollege zwei
Stunden da, vor 14 Tagen zwei Kollegen. Die Arbeitsbetriebe
sahen, hören und wieder fortmachen war eins. Vorige Woche
war einer drei Tage da. Kürzlich sind zwei gekommen (einer
dabon hatte brieflich Arbeit erhalten), und sie sind auch nach Ein-
sicht in die hiesigen Verhältnisse gleich wieder abgereist. Zu
Satz 3 können zwei Kollegen beweisen, die vor 14 Tagen an-
gefangen haben, daß sie nach dem alten Tarif bezahlt worden
sind. Wir sind gespannt, was Herr Köhler nun sagen wird;
vielleicht geht er jetzt zum Radi.

Rundschau.

Ein Bischof über die soziale Frage. Oft haben Kirchen-
fürsten, mit Schrecken das Wanken der Grundfesten der seit zwei
Jahrtausenden die Völker beherrschenden Kirche wahrnehmend, ver-
sucht, ihren Gläubigen die Lösung der „sozialen Frage“, nach ihrer
Erkenntnis die Ursache der Abnahme des Glaubens, vorzuführen.
Der Bischof Maximilian von Augsburg gibt sich in seinem
soeben erschienenen Hirtenbrief die redliche Mühe, seine nach seiner
Wahrnehmung auch an der sozialen Not leidenden Diözesanen über
die soziale Frage aufzuklären.

Vor allem sind es nach dem Hirtenbrief die verderblichen
Lehren einiger arbeitsfertiger Menschen über moderne Wissenschaft, die
seit 50 Jahren besonders unter den ärmeren Klassen verbreitet
wird. Und gerade hier liegt die wahre Not der hilflosen
Klassen, denn das Rauben des Glaubens aus den Herzen der
Armen mache diejenigen unglücklich, die vordem glücklich waren.
Also, die Rettung der Hilflosen aus der sozialen Not liegt vor
allem an der Erhaltung kindlichen Glaubens an den göttlichen
Heiland und gründliche Abkehr von allem Menschenwort! Und
endlich müsse mehr gebetet werden!

Der „soziale“ Bischof ist aber auch gerecht: das zweite, worin
des Hilflosen Not heutzutage liege, sei die Herzlosigkeit weiter
kreife der jetzigen Gesellschaft. Also nicht allein die Gott-
losigkeit der Hilflosen sei die Schuld an deren Not, sondern, zwar
nach dem Hirtenbrief in nur geringem Maße, auch die herrschende
Gesellschaft, die dem Arbeiter einen Lohn gebe, der ihn nur die
dringendsten Bedürfnisse decken lasse. Der Bischof erkennt dabei
auch die Berufsorganisationen der Arbeiter an, wenn er schreibt,
der Arbeiter sei, wenn er nicht von einem Vereine Rücken-
deckung erhält, der heutigen Gesellschaft, das heißt der
Ausbeutergesellschaft, gegenüber machtlos, man sei soweit ge-
kommen, daß ganze Massen beim besten Willen ein besseres
Los sich nicht bereiten können.

Anstatt nun die Anklage auf die heutige Gesellschaft in deut-
licher Weise weiterzuführen und dieser ins Gewissen zu reden, fährt
der „soziale“ Bischof in der Verantwortung der Frage: „Worin liegt
der arbeitenden Klasse wahre Hilfe?“ fort und kommt zu dem Schluß:
„Festhalten am Glauben und beten! ... Ja, zur christlichen Liebe
müssen die Nichtbestehenden (I) zurückkehren!“

Der Hirtenbrief endet mit der Aufforderung zum Gebet, es
müssen Männer kommen, deren Wort in unsre Gesellschaft wieder
ein heiliges Feuer bringen, Männer, die auch die rechten äußeren
Mittel zur Hebung der allgemeinen Not finden werden!

Solche Männer sind bereits gekommen, sie haben heiliges Feuer
in unsre Gesellschaft gebracht, sie haben der Welt ein andres Evan-
gelium verkündet. — Das Evangelium des Sozialismus hat
heiliges Feuer in die Herzen der Menschheit getragen und sich aus-
breitet auf dem Erdenrund. Diese Männer haben auch „die
rechten äußeren Mittel“ gefunden zur Befreiung der Menschheit,
der arbeitenden Klasse von dem Joch der jetzigen Gesellschaft: Der
Zusammenschluß der Bedrückten aller Länder zum Kampfe gegen die
„Herzlosigkeit der jetzigen Gesellschaft“ für ein besseres Diesseits!

Krieg oder Frieden? Ueber diese folgenschwere Frage, folgen-
schwer zunächst für die gesamte Bergarbeiterchaft, weiter aber auch
für die Arbeiter in vielen andern Industrien und folgenschwer für
die deutsche Volkswirtschaft, hatte die gestrige Belegschaftsversamm-
lung der Zeche Oberhausen in Oberhausen zu entscheiden. Den
Arbeitern waren bekanntlich Verschlechterungen der Arbeitsverhält-
nisse angekündigt worden, namentlich Schichtverlängerung. Die
Arbeiter hatten der Verwaltung durch eine Kommission mitteilen
lassen, daß die Ankündigung der Verschlechterungen, genauer die Ab-
lehnung dieser durch die Arbeiter, als eine von diesen ausgesprochene
Kündigung zu betrachten sei, falls es bei den angekündigten Maß-
nahmen sein Bewenden haben sollte. Da die Verwaltung auf ihrem
Standpunkt verharrte, wäre die Kündigungsfrist am 1. Februar
abgelaufen gewesen, wenn ordnungsmäßige Kündigung vorlag.
Rechtlich war das aber nicht der Fall; materiell bedeutet die Ab-
lehnung einer Veränderung in den Arbeitsverhältnissen natürlich
die Aufkündigung des Arbeitsvertrages, aber die von einem
nicht ganz genau bestimmten Kreis Arbeitern durch einen dritten
mündlich überbrachte Kündigung kann als rechtsverbindlich
nicht betrachtet werden. Unter solcher Sachlage war mit der
Gefahr zu rechnen, daß die Verwaltung eine Arbeitsniederlegung
am 1. Februar als Kontraktbruch betrachten würde. Falls mithin
die Verwaltung nicht noch in letzter Stunde Konzessionen machte,
hätte die Versammlung kaum mehr als über die Frage: sofortige
Arbeitsniederlegung oder ordnungsmäßige Kündigung zum 15. Februar
schlüssig werden können, wollte man sich nicht auf Gnade oder Un-
gnade der Verwaltung überliefern. Und nach dem Verlauf der
Versammlung kann man noch nicht sagen, was kommen wird. Die
Kommission berichtet, daß die Verwaltung für einen Schicht im
Februar noch nach dem alten Arbeitsordnung wolle arbeiten lassen,
von März an solle für eine Schicht 1/2 Stunde, eine andere Schicht
1 1/2 Stunden längere Arbeitszeit eingeführt werden. Auch im andern
Schicht hat man eine allgemeine Arbeitszeitverlängerung von
1/2 Stunde angeordnet, die Lampenputzer sollen 4 Stunden länger
arbeiten. In der von über 1000 Personen besuchten Versammlung
herrschte Streikluft offensichtlich vor. Die Vertreter der beiden
Verbände mahnten zur Besonnenheit und erreichten auch, daß man
sich dahin schlüssig wurde, nochmals Verhandlungen anzuknüpfen
und, soweit die Arbeitszeit einzelner Schichten hinter der sonst
üblichen zurückbleibe, einer Viertelstunde Schichtverlängerung zu-
stimmen. Ob die Arbeiter aber auf dem einen Schicht, auf dem
man plötzlich mit der Schichtverlängerung und damit zum Bruch
des Arbeitsverhältnisses gekommen ist, die Arbeit aufnehmen, steht
noch dahin. Es ist durchaus nicht ausgeschlossen, daß die Be-
wegung sich zu einem größeren Streit auswächst.

Ein russisches „Crimmitschau“. Der Kapitalismus ist
international. Er gedeiht unter jeder Staatsform, er beutet

überall die Arbeiter in gleicher Weise aus, er schlägt die
sich dagegen Sträubenden überall mit denselben Waffen
und mit derselben Brutalität nieder. Und überall hat er
bei diesem Wert an seiner Seite die machthabenden Ge-
walten, in der freiesten Republik und im Staate des
schlimmsten Despotismus. In Grodno, einer Stadt im
litauischen Rußland, ist es jetzt zu einer Aussperrung ge-
kommen, die in ihrem Verlaufe und namentlich im Ver-
halten der beteiligten Kapitalisten ganz und gar an Crim-
mitschau erinnert. Hier wie da ist es aus einem kleinen
Anlaß, aus einer völlig gerechtfertigten geringfügigen
Forderung der Arbeiter zu einer Aussperrung gekommen;
hier wie da machte das Fabrikantenrum aus der Lohnfrage
eine „Machtfrage“ und warf rücksichtslos auch die Leute auf
die Straße, welche gar keine Forderungen gestellt hatten.
In der Zigarettenfabrik von Schereschewsky zu
Grodno verlangten die Frauen, welche bei zwölfstündiger
Arbeitszeit 250 Mk. bis allerhöchstens 5 Mk. pro Woche
verdienen, eine Erhöhung des Wochenlohnes um eine
Mark! Der Fabrikant sagte erst zu, zog aber dann seine
Zusage wieder zurück, und nun kam es zum Streit.
Darauf antwortete Schereschewsky mit einer Aussperrung.
Er dekretierte: Auf drei Monate wird die Fabrik
geschloffen! In Betracht kommen 2000 Streikende
bezw. Aussperrte — mit den Familien über 10 000 Köpfe.
Unter diesen Leuten ist nun die schlimmste Not ausge-
brochen. Ein Aufruf, der zur Sammlung für die Aus-
gesperrten auffordert, bringt Entsetzen erregende Bilder
von der Wirkung der Aussperrung. Nahezu einen
Monat hungern die Aussperrten jetzt
schon. Die jugendlichen Arbeiter halten tapfer aus, aber
die Greise und Greisinnen (und solche gibt es viel bei
Schereschewsky) erreichen den letzten Grad der Verzweif-
lung. Scharenweise klopfen sie an die Tore
der Fabrik, schauerhaft abgemagert, abgezehrt, als
verkörpeter Hunger und Not, und laut weinend,
flehen sie zum Fabrikanten um Arbeit. Es
kommen Szenen vor, die zu beschreiben unmöglich sind.
Um das Herz des Fabrikanten zu erweichen, rufen die un-
seligen Greisinnen beim Erscheinen von Schereschewsky
Nahestehenden: „Schereschewsky soll leben!“ Unse
Männer sollen sterben, aber Schereschewsky
soll leben! — „Unse Männer sollen sterben!“
Frauen und Mütter wünschen den Tod ihren
Männern und Söhnen, die es gewagt haben,
dem allmächtigen Arbeitgeber zu trotzen.
Herr Schereschewsky kann zufrieden sein! Der Herr ist wert,
zum Ehrenmitglied eines der deutschen Schachmacherver-
bände ernannt zu werden!

Arbeitersekretariate.

Nachstehend veröffentlichen wir die Adressen der zur Zeit
in Deutschland errichteten Arbeitersekretariate. Die Veröffent-
lichung soll periodisch erfolgen, jedesmal bei Beginn eines neuen
Quartals.

Arbeitersekretariate bestehen in:

- Altenburg (S.-A.), Unterm Schlosse I.
- Altona, Große Bergstr. 204 I.
- Berlin SO., Engel-Str. 15.
- Böckum, Johannisstr. 22.
- Bremen, Osterhorst. 26 I.
- Breslau, Messergasse 18/19, I.
- Bromberg, Jakobstr. 17.
- Darmstadt, Elisabethstr. 31.
- Dortmund, I. Kampstr. 73, I.
- Essen, Rottstr. 16.
- Frankfurt a. M., Am Schwimmbad 8/10.
- Gera, Hospitalstr. 21, I.
- Gelsenkirchen, Vereinsstr. 29.
- Gotha, Erfurter Straße (altes Gerichtsgebäude).
- Halle a. S., Geiststr. 21.
- Hamburg, Gänsmarkt 35, II.
- Hanau, Mühlentstraße 2.
- Hannover, Artilleriestr. 13.
- Harburg a. Elbe, Erste Bergstr. 72.
- Hierlohn, Karrenstr. 3.
- Jena, Saalbahnhofstr. 2.
- Kassel, Wilhemannsgasse 20, II.
- Kattowitz, Rathausstr. 6.
- Kiel, Gasstr. 24, part.
- Köln a. Rh., Perlengraben 20 I.
- Kronach, Kirchenplatz 74.
- Landeshut i. Schl., Gasthof zur Sonne, I.
- Leipzig, Härtelstr. 12, part.
- Lübeck, Johannisstr. 46, part.
- Mannheim, S. 3, 10.
- Mühlheim a. Main, Wiesenstr. 3.
- München, Baaberstr. 1, I.
- Neu-Ruppin, Karlstr. 13.
- Nürnberg, Eggenplatz 22.
- Posen, Breitenstr. 21.
- Remscheid, Kölner Straße 18.
- Striegau, Ziganstraße.
- Stuttgart, Ehlinger Str. 17/19.
- Tutlingen, Schaffhäuser Str. 24.
- Waldburg-Altmasser.
- Wolgast, Maarbrückerstr. 17, I.
- Würzburg, Brüdnertstr. 6, I.

Litterarisches.

Von der Neuen Zeit (Stuttgart, Dieck' Verlag) ist
soeben das 20. Heft des 22. Jahrgangs erschienen. Aus dem
Inhalt des Hefts heben wir hervor: Der russisch-japanische
Krieg. — Allerhand Revolutionäres. Von Karl Kautsky.
2. Revolutionserbe. — Immanuel Kant. Von Franz Mehring.
(Schluß.) — Statistische Nachträge zu den Reichstagswahlen.
Von Akademikus. (Schluß.) — Eine neue Erscheinung auf dem
Gebiet der Tarifvereinbarungen. Von F. Schmetter. — Der
Heimarbeiterkongress. Von Paul Reichhaus. — Sind Ärzte-
streiks möglich? Von Dr. A. W. — Litterarisches Rundschau: Dr.
Ludwig Bernhart, Privatdozent an der Universität Berlin, Die
Akkordarbeit in Deutschland. Von ad. br.

Dokumente des Sozialismus, herausgegeben
von Ed. Bernstein. Stuttgart, Dieck' Verlag. Band IV, Heft 2.
In Freien Stunden. Eine Wochenschrift. Romane und
Erzählungen für das arbeitende Volk. Berlin, Buchhandlung
Vorwärts. 8. Jahrgang, Heft 7. Preis des Heftes 10 Pfg.

Im Verlag von J. G. W. Dieck' Nachf. ist soeben der vierte
Band der 2. Auflage von Franz Mehrings Geschichte
der deutschen Sozialdemokratie erschienen. Damit
liegt nun die zweite Auflage des Werks vollständig vor. Erster
Band: Bis zur Märzrevolution. — Zweiter Band:
Bis zum preussischen Verfassungstreit. — Dritter
Band: Bis zum deutsch-französischen
Krieg. — Vierter Band: Bis zum Ersten Pro-
gramm. Die neue Ausgabe ist in handlichem Format und auf
holzfremem Papier gedruckt. Preis des Bandes broschiert 4 Mk.,
elegant gebunden 5 Mk.